

Bezugspreis:

Vom 16.-22. Dezember 1 Billion oder 1 Goldmark heraus zahlbar. Unter Kreuzband vom 16.-22. Dezember für Deutschland, Danzig, Saar- u. Rhein-

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“ u. „Siedlung und Kleingarten“, sowie der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphische Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise: Die einzeln platzierten Anzeigen...

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft...

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3

Fernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295 Verlag: Dönhofs 2506-2507

Donnerstag, den 20. Dezember 1923

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Vertriebskonto: Berlin 375 36 - Bankkonto: Direktion der Volksbank-Gesellschaft, Depositenkasse Lindenstraße 3

Krise in Bayern.

Wutschgerüchte / das Ermächtigungsgesetz abgelehnt / die Koalition gesprengt / Landtagsauflösung zu erwarten.

München, 19. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) In der heutigen Sitzung des Landtags wurde das von der Regierung eingebrachte Ermächtigungsgesetz mit 91 gegen 54 Stimmen abgelehnt.

München, 19. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Die Gerüchte, daß es im Laufe des Mittwochabend zu Demonstrationen der Hitler-Anhänger kommen wird, sind von den Behörden mit der Bewachung aller öffentlichen Gebäude durch Landes-

Die politische Erregung zeigte sich am Mittwoch vor allem auch in dem Andrang zu der Vollziehung des Landtags. Die 138 Abgeordneten waren beinahe vollständig zur Stelle; darunter auch der am Dienstag aus der Schutzhaft entlassene Deutschnationale Dr. Roth.

Beratung über das Ermächtigungsgesetz.

gegen das am Vormittag im Ausschuss zur allgemeinen Ueberprüfung auch der Bauernbund gestimmt hat, obgleich der von dieser Partei gestellte Landwirtschaftsminister der Regierungsvorlage keine Unterschrift gegeben hat.

Im Namen der sozialdemokratischen Fraktion gab Genosse Timm folgende Erklärung ab: „Die sozialdemokratische Fraktion verkennt nicht, daß der Zusammenbruch unserer Wirtschaft finanzielle und wirtschaftliche Maßnahmen eingreifendster Art erfordert, um das Schlimmste von dem Volke abzuwenden.“

Der Regierung Anklage können wir dieses Vertrauen selbstverständlich nicht entgegenbringen.

Sie hat mit allen ihren bisherigen Maßnahmen bewiesen, daß sie einseitige Parteipolitik zur Bekämpfung der Sozialdemokratie treibt. Auch nach dem Hitler-Wutsch ist hierin eine bemerkbare Veränderung nicht eingetreten.

machten aus. Der Finanzminister war nicht imstande, ein klares Programm der Maßnahmen vorzulegen, die unverzüglich auf Grund des Ermächtigungsgesetzes durchgeführt werden müßten.

Die Sitzung wurde nach der Abstimmung auf Donnerstag vertagt, wo die Entscheidung des Landtags über seine Auflösung fallen soll.

Die Vorstellung „Losca“ in der Staatsoper wurde abgesetzt. Reichswehr und Landespolizei liegt für die Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag in erhöhter Alarmbereitschaft.

Bayerische Volkspartei gegen Kahr.

München, 19. Dezember. (WB.) Der Landtag nahm einen Antrag Funk (Bayer. Vp.) an, der allgemein eine umgehende Ueberprüfung der Verordnungen des Generalstaatskommissars v. Kahr auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet verlangt.

Abgrenzung der Rechte des Generalstaatskommissars.

München, 19. Dezember. (W.) Der Landtagsausschuss hat heute einstimmig einen Antrag angenommen, der die Staatsregierung auffordert, eine genaue Abgrenzung der Rechte des Generalstaatskommissars alsbald vorzunehmen.

Das Kabinett Knilling erntet die Früchte, die es gesät hat. Während noch vor kurzer Zeit auch die Demokraten im bayerischen Landtag nichts unternahmen, um der Regierung das Leben zu erschweren, stehen heute neben Sozialdemokraten und Demokraten auch die Bauernbündler in Opposition zu der Regierung.

Ebenso selbstverständlich ist es aber auch, daß der Ausnahmezustand in Bayern aufgehoben wird, und daß Kahr als Generalstaatskommissar verschwindet. Dieser Kahr ist es neben Knilling gewesen, der Bayern in eine unhaltbare Lage hinein manövriert hat.

Allerdings läßt sich nicht verkennen, daß auch die Regierung Knilling und die Bayerische Volkspartei ein gutes Maß von Schuld an den vollkommen zerstörten Verhältnissen Bayerns tragen.

Nichts beweist die verhängnisvolle Entwicklung in Bayern klarer, als die Voraussetzung der Sozialdemokratischen Partei im Reich und in Bayern, wenn sie frühzeitig und immer wieder auf die Gefahren verwies, die Partikularismus und militaristische Geheimbünde für Reich und Länder bedeuten.

Das heimgeschickte Parlament.

O. L. Rom, Mitte Dezember 1923.

Am 11. Dezember sollte die italienische Kammer ihre sogenannten Arbeiten wieder aufnehmen, und zwar sollte sie in erster Linie die unbegrenzten Vollmachten der Regierung um ein weiteres Jahr oder um sechs Monate verlängern.

Der Dezember des Vorjahres war den Bersprechungen geweiht: damals hatte man versprochen, das Staatsbudget zu sanieren, die italienische Valuta so zu heben, daß ein Pfund Sterling 50 Lire kostete, die Staatsautorität wiederherzustellen und dem bewaffneten Bürgerzwist im Lande ein Ende zu machen.

Die offiziöse Version über die Gründe zu dieser merkwürdigen Maßnahme lautet, daß man den zweifachen Widerspruch zwischen den Gefühlen der ungeheuren Mehrheit des Landes, die Mussolini zuzubekommen und den Versicherungen der Kammer hätte vermeiden wollen.

Dem im ganzen Lande ist man nachgerade dahinter gekommen, daß das faschistische Experiment der Sanierung der Finanzen und der Verwaltung grundsätzlich mißglückt ist.

Die in alle Welt hinausposaunten Ersparnisse erweisen sich als ein Bluff. Der Budgetvoranschlag ist im Laufe des Verwaltungsjahres in den Ausgaben um ein Mehr von 2,212 Milliarden verändert worden, in bezug auf die Einnahmen um ein Mehr von 2,817 Milliarden.

Heute wird uns das durch die Zahlen bewiesen, aber auch vorher ließ es sich voraussehen. Bei steigenden Militärausgaben, wie sie die sogenannte imperialistische Politik mit sich bringt, steigendem Brunk und Luxus der Regierung (ließ sich doch unlängst ein Unterstaatssekretär einen Extrazug stellen, weil er den jahresplanmäßigen verschlossenen Vertrag und Verzicht auf Einnahmegeräten, wie die Erbschaftsteuer, konnte man sich denken, daß nicht eben viel Ersparnisse zum Vorschein kommen würden.)

lassung des notwendigen Konsums in Zeiten wirtschaftlicher Krise zu Unterkonsum führen und somit zu einem geringeren Ertrag der Steuerquellen.

Was die Ehrlichkeit der Verwaltung betrifft, so liefert die römische „Boce Republicana“ ein recht lehrreiches Kapitel zu dieser Frage. Bekanntlich fand hier, wie in allen Ländern, bei der Veräußerung des übriggebliebenen Kriegsmaterials viele Mißbräuche vorgekommen. Mussolini hat daher die Sache der Kompetenz der parlamentarischen Kommission entzogen und hat den außerordentlichen Kommissar für die Staatsbahnen, den Faschisten Torre, mit der Sache betraut, von dem an sich richtigen Gedanken ausgehend, daß ein Mensch, der geschäftlich und rechtschaffen ist, sich nicht so leicht an der Nase herumführen läßt, wie eine Kommission. Nun hat aber besagter Kommissar Torre den Verkauf übriggebliebener Wollschaf, die ein Sachverständigenauschuß auf rund 1,7 Millionen Lire bewertet hat und die für diesen Preis bereits an einen Rechtsanwalt Colla verkauft waren, aufgehoben und hat demselben Herrn die selben Waren für 1,2 Millionen verkauft. In dem Kontrakt erschien als eigentlicher Käufer der Verband der Kriegervitwen und -waisen. Als dann die Sachen nicht zur Zeit abgeholt wurden, wendete die mit ihrer Verwahrung betraute Militärverwaltung sich an den Verband, von dem sie erfuhr, daß man von der ganzen Sache nichts wüßte. Der Käufer, dem man rund eine halbe Million Preisermäßigung gewährt hatte, war ein privater Spekulant, der dem Herausgeber eines römischen Faschistenblattes sehr nahe steht. Ein weiterer Rabatt von 8 Proz. kam dann dem Verband der Kriegervitwen, der als Aushängeschild gedient hatte, zugute. Die Sache wurde durch einen Bericht des Generals Pizzani dem Kriegsminister unterbreitet. Als Antwort darauf erfolgte ein inhaltloses Dementi der „Stefani“ und ein Angriff auf den General Pizzani, den ein Sekretär des Kommissars Torre beim Essen in einem Restaurant überfallen und geohrfeigt hat, was dem Angreifer allerdings eine Flut von Ohrfeigen eintrug. Die ganze Episode zeigt, daß das Prinzip der feiner Kontrolle unterstehenden Vertrauensmanns mit unbegrenzter Vollmacht eben ein Menschenmaterial voraussetzt, das der Faschismus nicht im Ueberfluß zur Verfügung zu haben scheint.

Was die Wiederherstellung der Staatsautorität betrifft, die der Faschismus als einen Hauptpunkt seines Programms bezeichnet hat, so haben wir in der Verwirrung von Staatsgewalt und Parteigewalt eine Ursache systematischer Untergrabung der Autorität des Staates. Die faschistische Regierung hat alle öffentlichen Ämter ihren Leuten übertragen. Daher ist es natürlich, daß die faschistischen Parteiorgane die Regierungsorgane als ihnen untergeben ansehen und ihnen entsprechende Befehle erteilen. So hat das Sekretariat der faschistischen Partei den Präfekten (Regierungspräsidenten) ein Rundschreiben überliefert, in dem verfügt wird, daß bei den in der zweiten Dezemberwoche stattfindenden Wahlen der politischen und der provinziellen Schriftführer der faschistischen Partei ein Polizeikommissar vor der Tür des Lokals mit einer Abteilung Carabinieri Dienst tun solle, um sich dem Präsidenten der Versammlung zur Verfügung zu stellen!

Daß immer noch Gewalttat der Haupttrumpf in Händen des Faschismus ist, das hat der feige Angriff auf Miti gezeigt, der nur durch einen Zufall dem Tode entgingen ist. Seitdem hat man in Florenz die Wohnung eines Abgeordneten verwüstet und geplündert und ist in die Villa eines anderen, wo man nur Frau und Kinder anwesend wußte, mit bewaffneter Hand eingedrungen. Bei Ceretona haben einige Burken der faschistischen Miliz einen achtzigjährigen Mann im eigenen Hause durch Knüttelhiebe getötet, weil sie glaubten, er hätte sie verspottet. Die republikanischen Sektionen der Romagna werden täglich überfallen und verwüstet. Die Fiktion, die das Bestehen des Staates auf den Schutz von Leben und Eigentum der Bürger gründet, ist aufgehoben. Wer sich zur Opposition bekennt, hat weder Recht auf Leben noch auf Eigentum.

Die Schließung der parlamentarischen Session ist das Vor-

spiel zur Kammerauflösung. Am 31. Dezember läuft die außerordentliche Vollmacht der Regierung ab; bis dahin wird sie noch verschiedene Schicksale auf dem Wege des Dekrets ins Trockene bringen. Am 31. März muß sie dann, dem Gesetz zufolge, Rechenschaft über den Gebrauch ablegen, den sie von der Vollmacht gemacht hat. Wird bis dahin eine neue Kammer gewählt sein?

Es verläutet, daß Mussolini eine Regierungsliste aufstellen werde, die auch andere Parteien einschließt. In Betracht kommen wohl hauptsächlich die rechtsstehenden Merkmalen. Schwerer als die Gewinnung von Bundesgenossen wird das Zurückhalten der faschistischen Aspiranten zur Kandidatur sein, denn die Faschisten sind überzeugte Antiparlamentarier, nur macht jeder einzelne für sein eigenes Recht auf einen Abgeordneten eine kleine Ausnahme. Die Zahl der Aspiranten wird Begrenzung sein.

Der Mehrheitspartei sind durch das neue Wahlrecht 356 Sitze gesichert; den Minderheitsparteien, und wenn sie zusammen die dreifache Stimmenzahl hätten als die Mehrheit, fallen die übrigen 179 Mandate zu, die übrigens auch durch die Mehrheit eskamotiert werden können. Wir glauben, daß sich Mussolini noch recht oft nach einer Kammer zurücksehnen wird, die weniger als 356 faschistische Abgeordnete zählte. . . .

Die Reichsregierung meldet . . .

W.B. verbreitet folgende Sammlung von mysteriösen Andeutungen:

Das Reichskabinett erklärte sich in seiner gestrigen Sitzung mit gewissen Abänderungsvorschlägen des Fünfschneerauschnusses des Reichstages zur zweiten Steuerreformordnung einverstanden; eine Anzahl weiterer Beschlüsse des Reichstagesauschnusses fand keine Zustimmung. Eingehend wurde die Frage der Verfechtung der Eisenbahnen beraten und beschlossen, in Vorverhandlungen mit den Ländern einzutreten.

Weiter hat das Kabinett in Aussicht genommen, sich mit der Gründung der Rheinisch-Westfälischen Notenbank einverstanden zu erklären, wenn bestimmte Bedingungen erfüllt werden, die in den letzten Tagen mit den Vertretern der Rheinischen Bank erörtert worden sind. Nach dem in diesen Verhandlungen gewonnenen Eindruck steht zu erwarten, daß über diese Bedingungen eine Einigung erzielt wird.

Man kann der Reichsregierung wirklich nicht den Vorwurf machen, daß sie in dieser Meldung irgendwie indiskret ist. Welche Abänderungsvorschläge des Fünfschneerauschnusses wurden angenommen, welche abgelehnt? In welcher Form soll die „Verfechtung“ der Eisenbahn erfolgen? Unter welchen Bedingungen wird die Rheinische Bank anerkannt werden? Der Sinn eines Komunikates, dessen Verbreitung von der Regierung bezahmt wird, kann doch nicht der sein, Entscheidungen der Öffentlichkeit vorzuenthalten, bis man sie im Reichsgesetzblatt liest.

Ein Wurm, der nicht stirbt.

Die „Sanierung der Sozialdemokratie“.

Die gewissenlose Behauptung des „Gewissen“ über eine angebliche Sanierung der Sozialdemokratie durch die „jüdische Großfinanz“ mit Hilfe des Reichspressechefs Dr. Spieler auf dem Umwege über den Genossen Scheidemann haben wir als das bezeichnet, was sie ist, nämlich als eine in allen ihren Teilen erlogene Fiktion. Trotzdem hat diese wunderbare Geschichte doch der öffentlichen „Deutschen Zeitung“ so gut gefallen, daß sie sie im weiteren Aufzuge ihren Lesern vorsetzte. Und die neuerdings antisemitisch redigierte „Berliner Börsenzeitung“, die den „Vorwärts“ schon vor einiger Zeit totschlug, fühlt sich genötigt, die geistreichen Ergüsse ihres öffentlichen Gesinnungsbruders vollinhaltlich abzudrucken.

zu hören sind, liegt an der Leerrung. Aber wartet nur, halbe, halbe.

Einen sehr vorzüglichen Eindruck nahm ich wieder von dem Konzert der „Lyopographia“ mit nach Haus. Diese 150 Männer des Berufs lassen nicht nach am Feilen ihrer Leistungen, wofür Weinbaum verantwortlich ist. Der bekannte Chor Rihmanns „Du ferne Land“ kam geradezu musiergültig nach Sauberkeit und Nuancierung des Vortrags heraus. In Herbergers „Herbst“ klangen die Brummhülle so gut, daß Bruckners Männerchöre nach ihnen zu rufen schienen. In Schuberts „Sacrae Christi“ wiegte und schaukelte sogar Humor. Ein paar schöne Einzelstimmen tun gelegentlich das Gute zu viel und drücken sich aus dem Ganzen heraus („drücken“, nicht „drücken“, wie mein fremdsprachiger Lehrer wohlwollend ändern möchte). Weinbaum begleitete ausnehmend bester die Geigerin Scharfas, die ihr Ungarnblut bestmöglichste und in Salonjücken einen belebten, schönen, eleganten und graziosen Strich spielte („Strich“, nicht „Streich“).

In Dmitri Lomtin lernte man einen virtuosen, kraftvollen und beherrzten Pianisten kennen (Wjts A. Dur-Konzert); seine Poesse ist von dieser, nicht von herkeliger oder auch nur romantischer Welt. Nitropoulos ist der Klavierschüler des als Orchesterinstrument brillierenden Hüllgels geworden. Die Dame R. . . . oder, die im Blüthner-Saal Mozart und Mahler sang, verwechelte enschieden Berlin noch mit Rüsschenbroda. Sie bilde sich, sie lerne, sie prüfe, ob die Stimme überhaupt außerhalb der vier Wände dynamisch und künstlerisch hinreicht. Welleide vorlegte Angst ihr diesmal Atem und Kehle. Ich will es ihr wünschen; denn sie hat „vorfungen und vertan“.

Der Preisrückgang.

Von Friz Müller, Chemnitz.

Ein Geschäftsmann: Alte, verkauft nicht alles, die Preise können auch wieder steigen!

Der Großhändler: Ich teile Ihnen mit, daß ich in der Lage bin, Ihnen noch einen Posten von . . . zu liefern, und zwar zum Preis von . . . Markt, und empfehle Ihnen, von diesem Angebot ausgiebigen Gebrauch zu machen, da die neu hinzukommenden Waren wesentlich teurer sein werden.

Der Gatte einer Heringsgattin: Da kommt du überne Gans nach Hause und erzählst mir, was du für großartige Einkäufe gemacht hast! Nächste Woche kommst du den ganzen Dreck für das halbe Geld haben! O, ihr Weiber, mit euch ist doch . . .

Ein Kunde: Den Tag muß ich im Kalender anstreichen! Heute hat mir ein Kaufmann zum erstenmal wieder etwas angeboten, einen Wäscher gemacht, mir die Tür geöffnet und „Auf Wiedersehen“ gesagt!

Der Arbeitgeber: Für jedes Prozent, das die Preise fallen, werden die Löhne um 3 Proz. heruntergesetzt!

Der Brog: Zu abern, dieser Preissturz! Das ist nur etwas für arme Leute. Unserem bezahlt es, was der Kram kostet!

Jetzt läßt der Pressechef der Reichsregierung durch W.B. folgende Erklärung verbreiten:

Aus der Korrespondenz Sonntag hat das „Gewissen“ die Mitteilung übernommen, daß der Pressechef der Reichsregierung Herrn Scheidemann finanzielle Zuwendungen zwecks Sanierung der Sozialdemokratischen Partei vermittelt und dadurch die Zustimmung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zum Ermächtigungsgesetz erlangt habe. Da diese Mitteilung trotz ihrer greifbaren Unsinngigkeit von anderen Blättern übernommen worden ist, stellt der Pressechef der Reichsregierung ausdrücklich fest, daß die Mitteilung des Herrn Sonntag von Anfang bis zu Ende erfunden ist.

Bei der Weite des Gewissens, die nach dem einwandfreien Zeugnis der „Deutschen Zeitung“ das besondere Kennzeichen der Völlischen ist, können wir leider nicht hoffen, daß selbst diese Erklärung des Herrn Dr. Spieler imstande sei, der Verleumdung den Kopf abzutreten. Vielleicht wird es notwendig sein, dem Verbreiter dieser Lügenmeldungen erst durch gerichtliches Verfahren beizubringen, daß sie nicht das Recht haben, leichtfertig mit der politischen Ehre anderer zu spielen.

Graf Zedlig-Trübschlers Antwort.

Graf Zedlig-Trübschler, der bekanntlich von den Offiziersverbänden ausgeschlossen wurde, stellt der fünften und sechsten Auflage seiner Aufzeichnungen „Zwölf Jahre am deutschen Kaiserhof“ ein Geleitwort voran, in dem es heißt:

„Obgleich, soweit ich es übersehen kann, der Wert meiner Aufzeichnungen für die Erkenntnis der Ursachen, die unseren Zusammenbruch bewirkten, anerkannt wurde, hat man dieselben den Zeitpunkt ihrer Veröffentlichung für verfrüht erklärt. Tatsächlich hatte ich an eine Drucklegung bei meinen Begehrten nicht gedacht, vielmehr das Manuskript verlegt sicher aufbewahrt mit der Aufschrift versehen: „Nicht vor dem Jahre 1970 zu eröffnen“. Nachdem aber der Kaiser mit seinen Erinnerungen hervorgetreten war und zahlreiche Staatsmänner und Militärs, ohne jede Rücksichtnahme auf alle Ueberlieferungen, ihre Memoiren veröffentlicht hatten, schien es mir Pflicht, meine jene Publikationen ergänzenden oder widerlegenden Aufzeichnungen, die auf genauen und mit eigenen Augen gemachten Beobachtungen beruhen, nicht länger zu sekretieren. Ich hielt es zudem für anständiger, mich selbst dem zu erwartenden Ansturm zu stellen, als einem meiner Söhne eine so schwierige und unendbare Aufgabe zuzumuten. Wer mein Buch ohne Vorurteil liest, wird erkennen, daß mich nicht Sentimentalität getrieben hat, sondern der Wunsch, meinem Vaterlande zu nützen und ersichtlich auf diejenigen einzuwirken, die, sei es in der Republik, sei es in einer späteren Monarchie, vor die Alternative gestellt werden, ihrer Ueberzeugung getreu zu sprechen und zu handeln oder um persönlicher Vorteile willen diese zu verleugern. Ihr aber, meine Freunde, die ihr jetzt den gesellschaftlichen Boykott über mich verhängt, seid euch wohl bewußt, daß diese schärfste Waffe zugleich die unsittlichste ist. Sie wird vielleicht viele dazu bringen, auch in Zukunft lieber zu schweigen, als offen und ehrlich die Wahrheit zu sagen. Nicht jeder ist wie ich bereit, einsam zu leben und einsam zu sterben.“

Die „Prinzen von Preußen“.

Zu der Verordnung der preussischen Regierung, die den Mitgliedern der Hohenzollern das Recht gibt, sich „Prinzen von Preußen“ zu nennen und die in einer Zuschrift an den „Vorwärts“ demängelt wurde, bemerkt der amtliche Preussische Pressedienst, daß der Entschcheidung historische Untersuchungen und rechtsphilosophische Gutachten zugrunde liegen, ohne deren Kenntnis man zu Fehlschlüssen gelangen könne. Die normals landesherrliche Familie habe den Namen „Hohenzollern“ niemals als Familiennamen geführt, sondern ihre Mitglieder bei allen amtlichen und privaten Gelegenheiten als „Prinzen von Preußen“ bezeichnet. Die Bezeichnung „Prinz“, die seit Jahrhunderten in der Familie als Uebersetzung geführt worden sei, sei gemäß Art. 109 Abs. 3 der Reichsverfassung bestehen geblieben, während die Hoheitsbezeichnung „Kaiser“ und „Kronprinz“ durch § 22 des seit mehr als 3 Jahren in Kraft stehenden Uebersetzungsgesetzes beseitigt wurde.

Tüchtiges, Richtiges, Flüchtiges.

Konzertumschau von Kurt Singer.

Beethovens Geburtsfest feierte Furtwängler durch ein schönes klassisches Programm, das unter anderem die letzten gehörte Chorphantasie, einen gemäßigten Vortrag der IX. Sinfonie, enthielt. Eine neue Erquickung selbst für diejenigen, die Furtwängler alles und jedes an derstehender Höflichkeit zutrauen. Ein ganz anderes Bild zieht auf, wenn Gustav Brecher, der neue Generalintendant der Leipziger Oper, also theatralischer Antipode des Gewandhaus-Obersten Furtwängler musiziert. Er perschreibt sich der Moderne, der er mit besonderer Fertigkeit im Werte von Richard Strauß huldigt (diesmal blieb diese innere Verbeugung „Sarajuhstra“). Nach Veritas' wirtungsförderer Cellini-Duvertüre erklang zum erstenmal in Deutschland Igor Strawinskys „Chant du Rossignol“ (Wied der Nachtigall). Es ist eine Suite aus einer Oper, ein von vielen unverbundenen, blypartig aufspringenden und verfallenden Teilthemen ernährtes Stück Märchenleben. China heißt der geographische Boden, auf dem das Werk gewachsen ist. Nachtigallenruf, Märche, Spieluhr, Todesangst, Trauermarsch, eine wichtige Schlüsselrolle und zum Schluß wieder das Flötentrillern der märchenhaften, aus der Verbannung zurückgekehrten Nachtigall. Gegen diese Art Programmstil, die im Detail stecken bleibt, den fertlichen Reflex im Hörer aber nicht mehr beachtet, mühte Front gemacht werden, wenn sich die Musik nicht durch vitale, die Wirklichkeit einfach imitierende Übungen selbst um den Charakter eines Kunstwerks bräute. Bei einem Ballett läßt man sich das gefallen, bei einem Sinfonischen Gedanken, und sei er auch weniger zersplittert, nicht mehr. Es fehlt jede Bindung der Einzelheiten zu einem würdigen Ganzen, es fehlt die Sicherheit, die nur aus der Hingabe an nach so freie Form wächst. Zur Phantastik fehlt diesem Werk mehr als anderen des Russen Strawinskys die lockere Freiheit des Gemüts, des Blicks in die Welt hinaus. Die Natur ist zu kurz gekommen, und es entstand nur ein künstliches, ein Reiterlebenwesen. Die Instrumentation ist zum Teil bequem, billig, zum Teil pompös, bunt, eindrucksvoll. Aber selbst ein sehr materisches Gewand kann nie das Antlitz eines häßlichen Frauenzimmers verdecken. Brecher wirft das alles aus einem (leider zu) gelichteten Handgelenk heraus. Sein Dirigieren ist jenseits von allem Dekorations, aber sehr bewußt, sicher gefällig.

Ein drittes Bild: Bruno Berg, ein begabter jüngerer Dirigent, dem das Sachliche und Fachliche gut gelingt, ohne daß er (etwa in der 4. Sinfonie von Brahms) an eine Perfektibilität glauben erwecken könnte. Er ist vom Typ jener Spieler, die nach einiger Zeit alles routiniert dirigieren können, überall Posten fallen lassen, in der Berlegenheit anderer Kollegen ohne Probe einspringen und niemals etwas anderes werden als tüchtige Kapellmeister. Solche Musikanten sind brauchbar und müssen sein. Daß sie jetzt seltener

Ein Käufer: Ich habe solchen Hunger, kann mir aber kein Brot kaufen; denn wenn es nachher billiger wird, ärgere ich mich zu Tode!

Der Statistiker: Nun brauche ich bei meinen Kurvenbogen wenigstens nicht mehr nach oben anzuhauen!

Der Bestimmte: Ich glaube an den Preisrückgang noch nicht, da ich schon zu oft vorüber sein bin!

Ein Kleinrentner: Vielleicht kann ich für meine nächsten Zinsen wieder etwas kaufen, und wenn's ein Käse ist!

Ein Preisachaukommissar: Nun werden uns aber die Leute loben; und dabei sind wir — unter uns gesagt — an dem Preissturz ebensowenig schuldig wie der Redakteur vom „Wahren Jakob“ am Erdbeben in Japan!

Der Spieker: Ihr denkt wohl, nun muß ich wieder arbeiten? Da seid ihr aber sehr gewis! Man kann nämlich bei fallenden Preisen auch Geschäfte machen!

Ein gewedter Volkshändler: Ich kann sofort sagen, wie weit eine Ware im Preise noch zurückgehen muß, bis sie so billig ist, wie sie früher war. Ich sehe einfach in meinem gedruckten Rechenbuch nach, das aus dem Jahre 1912 stammt.

Todesanzeige:

Am vorigen Dienstag schied unser lieber Gatte, Vater, Schwiegervater, Schwager, Onkel usw.

Herr Emil Ungelüd

freiwillig aus dem Leben. Er ist ein Opfer des unerwarteten Preisrückgangs geworden. . . .

Von neuen und alten Kalendern. Der Kalender in seiner alten Form verliert seine Bedeutung. Einmal das einzige Buch, das alle Jahre neu ins Haus kam, ist er immer mehr ins Hinterreffen geraten. Die Entwicklung ist durch den Krieg und die folgenden Notjahre beschleunigt worden. Die vielen kleinen Kalender, die lokale und provinzielle Bedeutung hatten, verschwinden mehr und mehr. Und die neuen Anfänge — die literarischen und künstlerischen Kalender, die Stadtkalender und andere — sollen das Schicksal dieser Bücher und Zeitschriften: sie erleiden am Papierpreise. Die moderne Form des Kalenders, der Abrechnungskalender, der besser dem Tagesbedürfnis gerecht wird, die Kalenderzeitung sogar, behauptet sich besser. Besonders erfreulich ist es, daß der „Vorwärts“ (Abrech-)Kalender, ohne Zweifel schon seit Jahren der beste und vielseitigste, sich noch erheblich vervollkommen hat. Er ist in seiner neuen Gestalt in Kupferdruck hergestellt und bringt außer den reichhaltigen täglichen Beiträgen aus Politik und Wirtschaft, aus Dichtung und Schriften, aus Statistik und Arbeiterbewegung nunmehr auch täglich ein schönes toniges Bild aus allen Gebieten des Lebens: Bildnisse von Dichtern und Künstlern, Arbeiterführern, Bilder zur Zeitgeschichte, Karikaturen, Landschaften, Reproduktionen von Kunstwerken usw. Er wird für alt und jung eine Quelle von Freuden und Anregungen sein.

Der illustrierte technische Abrechnungskalender, den der unermüdliche und stets Neues ausfindende Historiker der Technik F. W. Feldhaus zum dritten Male herausgibt („Tage der Technik“

Gewerkschaftsbewegung

Die Herren vom Braunkohlenbergbau.

Wir haben uns wiederholt mit den reaktionären Machenschaften des Arbeitgeberverbandes für den Braunkohlenbergbau beschäftigt. Auf Grund eines sehr wichtigen Dokuments sind wir heute in der Lage, das gemeingefährliche Treiben dieser Herren- und Nachkriegsgewinnler zu beleuchten. Am 10. Dezember hat in Halle, Riebeckplatz 4, eine Sitzung des Tarifausschusses des Verbandes stattgefunden, die sich mit der Verlängerung der Arbeitszeit und der Einführung von Goldmarkzlöhnen und -gehältern beschäftigte. Der bekannte günstige Wind wehte uns ein Exemplar des Protokolls dieser Sitzung auf den Tisch. Die Unternehmer des Braunkohlenbergbaues scheinen keine Befriedigung darin zu finden, die Löhne und Gehälter ihrer eigenen Arbeitnehmer auf einen unerträglichen niedrigen Stand zu halten, sie scheinen von dem Ehrgeiz getrieben zu sein, mit terroristischen Mitteln den Lohndruck in der gesamten deutschen Industrie zu organisieren. So heißt es in dem erwähnten Protokoll:

Die in anderen Industrien festgesetzten Löhne überschreiten in ihrer Höhe zum Teil die unseres Tarifvertrages. Der Tarifausschuss hält es für notwendig, baldmöglichst in eine Besprechung mit maßgebenden Vertretern der Chemie, Metallindustrie, des Baugewerbes, der Zuckerraffinerie und Elektro-Industrie einzutreten, um hier Wandel zu schaffen.

Der Arbeitgeberverband für den Braunkohlenbergbau scheint jedoch schon vor der Sitzung des Tarifausschusses die notwendigen Schritte eingeleitet zu haben. Der oben wiedergegebene Beschluß scheint nur eine nachträgliche Genehmigung bereits eingeleiteter Maßnahmen zu sein.

Der Arbeitgeberverband des Magdeburger Braunkohlenbergbauvereins hat bereits am 26. November ein Schreiben an die Verbände gerichtet, das wir im Wortlaut wiedergeben möchten:

In den übrigen Industrien werden in letzter Zeit wieder Löhne gezahlt, die weit über den Bergbaulöhnen liegen. Der Arbeitgeberverband für den Braunkohlenbergbau hat sich wegen geplanter Maßnahmen an die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände gewandt, im übrigen schreibt er uns: „Wir halten es aber für notwendig, daß auch die Werke von sich aus Maßnahmen gegen die ungesunde Lohnpolitik in den anderen Industrien ergreifen und empfehlen daher den Unternehmern, die Werke zu verpflichten, vor größerer Bestellung sich über die Löhne, die die Lieferfirma zahlt, zu unterrichten und falls diese Löhne über den Bergbaulöhnen liegen, Vorstellungen, die nicht unbedingt notwendig sind, unter ausdrücklicher Hervorhebung der Gründe zu unterlassen, ferner Bauaufträge grundsätzlich nur noch zu den im Lohnarif für den Braunkohlenbergbau vorgesehenen Bauhandwerkerlöhnen mit einem ganz mäßigen Zuschlag für den Unternehmer zu vergeben. Auch bei schon abgeschlossenen Verträgen auf steigender Skala wird kein Bedenken dagegen bestehen, die Erfüllung mit der gleichen Begründung zu verweigern, denn wenn der Besteller an der Höhe der Löhne in Form der Höhe des Kaufpreises beteiligt bleibt ist es selbstverständlich Voraussetzung der Durchführung des Vertrages, daß die vom Hersteller gezahlten und auf den Besteller obgewälzten Löhne sich in angemessenen Grenzen halten.“ Wir bitten Sie, im vorstehenden Sinne zu verfahren.

Gerade die Arbeitgeber des Braunkohlenbergbaues, unter denen sich die reaktionärsten politischen Persönlichkeiten befinden, haben bei jeder Gelegenheit, zuletzt beim Streik der mitteldeutschen Bergarbeiter, über den Terror der Arbeiter geklagt und geklagt. Niemals ist von Arbeitern ein so brutaler Terror unter Anwendung der wirtschaftlichen Machtstellung ausgeübt worden, wie er hier von den Arbeitgebern des Braunkohlenbergbaues gegen die Industrie angewandt werden soll, die bei der Festsetzung der Löhne und Gehälter über die vollständig unzulänglichen Löhne im Bergbau hinausgegangen sind.

In derselben Linie bewegt sich die Einstellung der Unternehmer des Bergbaues zur Arbeitszeit. Bisher haben die Arbeitgeber, wenn ihnen in Tarifverhandlungen Vorwürfe wegen der Durchbrechung des Achtstundentages in den einzelnen Werken gemacht wurden, die Antwort gegeben, daß sie als Arbeitgeberverband an diesen Maßnahmen der einzelnen Werke unschuldig seien. Es verdient Erwähnung, daß sowohl im Arbeiter- wie auch im Anwerbestreitvertrag der Achtstundentag festgelegt ist und somit jede Maßnahme der Arbeitgeber gegen den Achtstundentag einem Tarifbruch gleichkommt. Das aus Tageslicht gegogene Protokoll bringt den Beweis, daß der Arbeitgeberverband den Tarifbruch organisiert. Es heißt da wörtlich:

Die Verlängerung der Arbeitszeit ist baldmöglichst auf den einzelnen Betrieben durchzuführen, zumal entgegenstehende gesetzliche Bestimmungen nach Aufhebung der Devisenbeschränkungen, die die Heberschneidung des achtstündigen Arbeitstages unter Strafe stellen, nicht mehr vorhanden sind und die im Tarif vorgesehene achtstündige Arbeitszeit unter den bestehenden Verhältnissen für die Werke nicht mehr tragbar ist.

Es folgt dann die Anweisung, daß im Tagebau der zweischichtige Betrieb mit 10 Stunden reiner Arbeitszeit und zwei Pausen, im Tiefbau die achtstündige reine Arbeitszeit für technische Angestellte, die im Betrieb arbeiten, die Arbeitszeit der Arbeiter und für kaufmännische und technische Bureauangestellte die neunstündige Ar-

beitszeit einzuführen. Zu Stundenlöhnen soll hierbei nicht übergegangen werden, sondern nach wie vor die Bezahlung von Schichtlöhnen mit einer etwa 20prozentigen Erhöhung durchgeführt werden. Während also die zentralen Verhandlungen über die Arbeitszeitfrage geführt werden, versuchen die Unternehmer mit Gewaltmitteln von sich aus eine Arbeitszeitverlängerung zu erzwingen.

Noch eine Kleinigkeit aus dem inhaltsschweren Protokoll verdient der Erwähnung. Am 31. Oktober 1923 war anlässlich des Bergarbeiterstreiks ein Schiedsspruch über die Errichtung von Sonderschiedsstellen gefällt worden. Der Arbeitgeberverband hatte es seinen Mitgliedern strengstens verboten, als Beisitzer in diesen

POSTABONNENTEN

Der Vorwärts ist jetzt monatlich zu bestellen und zu bezahlen. Wer auch im nächsten Monat Wert auf eine regelmäßige Zustellung des Vorwärts legt und eine Unterbrechung der Zustellung vermeiden möchte, muß die Erneuerung des Postbezuges sofort bei seinem zuständigen Postamt vornehmen.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Schiedsgerichten zu fungieren. Trotzdem hat es ein Arbeitgeber gewagt, entgegen diesem Beschluß zu handeln. Des Protokolls besagt hierüber:

Die Geschäftsführung berichtet, daß der Geschäftsführer unseres Verbandes der Forst-Triebel Kohlenwerke entgegen den ergangenen Weisungen als Beisitzer an einer Verhandlung der auf Grund des Schiedsspruches vom 31. Oktober im Forstbezirk tätig gewordenen Sonderschiedsstellen teilgenommen hat. Der Tarifausschuss mißbilligt dieses Verhalten des Vertreters eines Verbandes auf das entschiedenste und weist das Verbandsmitglied auf die Folgen hin, die die Nichtbeachtung von Verbandsbeschlüssen für das Werk haben können.

Die dem Protokoll angehängte Anwesenheitsliste enthält die Namen derjenigen Personen, die den Arbeiter und Angestellten aus allen Tarifverhandlungen hinlänglich bekannt sind. Selbstverständlich fehlt weder Herr Leopold, der Freund des Stahlhelmbundes und deutschnationaler Reichstagsabgeordneter ist, noch Herr Kilo, Lei als Vertreter der Stinnes-Werke und Herr van Hülfst vom Nickel-Konzern.

Diese dokumentarischen Äußerungen einer Unternehmergruppe, die es verstanden hat, mit Hilfe der Inflation ihren Besitz ungehört zu vermehren auf Kosten der Arbeiter und der Verbraucher, dürfen die weitere Öffentlichkeit interessieren.

Syndikalistische Spaltungsbewegung.

Die ehemals feste Organisation der Töpfer hat eine schwere Krise durchzumachen. Der Spaltbozillus scheint die alte bewährte Organisation zu zernichten. Die jahrelange Mautwurfsarbeit gegen die „Gewerkschaftsbureautarie“ und gegen den ADGB, hat gescheitert. Unzufriedenheit mit den wirtschaftlichen Verhältnissen, die überaus große Arbeitslosigkeit haben ihr Teil mit dazu beigetragen, daß phrasenhafte Reden und Beschimpfungen gegen die alte Gewerkschaftsorganisation bei einzelnen Töpfern Gehör gefunden haben. Sie haben sich einer Gruppe von Leuten, den Syndikalisten, angeschlossen, die noch vor kurzer Zeit von fast allen Berufsgenossen mitteilig betrachtet wurden; einer Sekte, die seit Jahrzehnten innererlei Erfolge hatte, aber die Errungenschaften der im Verband organisierten Töpfer strupplos mitgenießt. Die Sonderhändler geben sich dem Irrwahn hin, daß auf ihre Aufforderung hin die Töpfer Deutschlands dem Deutschen Bauergewerksbund den Rücken kehren werden. Dabei ist festzustellen, daß mit wenigen Ausnahmen die Töpfer im Deutschen Bauergewerksbund sich äußerst wohl fühlen und in den verschiedensten Orten in den Versammlungen dies zum Ausdruck gebracht haben. Daran werden auch die Schimpfaktionen eines Priem und Rufmanns nichts ändern. Die Töpfer werden aber bald sehen, daß sich dieselben furchtbaren Zustände entwickeln werden, wie sie sich beim Bestehen zweier Organisationen innerhalb des Berufes in den neunziger Jahren gezeigt haben. Der Anfang ist da. Der Arbeitsnachweis wird umgangen. Das lange verpönte erniedrigende „Klinkenputzen“ hat seine Aufwertung gefunden. Hohnlächelnd sehen die Unternehmer diesem Treiben zu.

Erinnert man sich daran, daß Rufmann und Genossen vor noch nicht allzu langer Zeit predigten: „Für nach der Reichs muß im Nachweis vermittelt werden, die arbeitenden Kollegen müssen sich nach einer gewissen Zeit zugunsten der Arbeitslosen im Nachweis einschreiben lassen.“ Heute wird von denselben Leuten das Gegenteil gemacht. Man besetzt die Arbeitsstellen und kümmert sich nicht um das früher Gepredigte. Die Folgen machen sich bemerkbar. Eine Anzahl von Kollegen läuft „wild“ umher. Die tariflichen Abmachungen werden nicht mehr streng innegehalten. Ein Herabdrücken der Löhne wird das weitere Resultat sein. Zu spät werden die Kollegen zur Erkenntnis kommen. Erinnert Euch doch des Generalstreiks im Jahre 1899, der endlich den Kollegen die Augen öffnete, weil die damals beste Sozialorganisation (jetzige Syndikalisten) nicht imstande war, die Mittel für den Streik anzubringen. Der zentralen Organisation ist die Durchführung des Streiks zuzuschreiben.

Nach ist es Zeit, die Krise in der Organisation zu überwinden. Die Fachgruppenleitung hat zur Besprechung aller dieser Dinge eine Agitationsversammlung einberufen, in welcher Kollege Sother, Hamburg referieren wird. (Siehe unter „Vereinsangelegenheiten“ in dieser Nummer.) Agitiert für diese Versammlung und erscheint pünktlich. Die Fachgruppenleitung: Max Kemnitz.

Im Gebiet von Essen und Dortmund bis zur französisch-belgischen Grenze ist für die Ofenheizer der Streik erklärt worden. Arbeitsannahme nach dort ist unter allen Umständen zu vermeiden.

Die Betriebsrätefrage in Norwegen.

In dem großen Arbeitskonflikt 1920 hat sich die norwegische Arbeiterchaft eine vorläufige, unvollständige Erfüllung ihres Verlangens nach Mitbestimmungsrecht in Betrieben erkämpft. Die norwegische Regierung mußte damals, wie wohl noch erinnerlich, durch ein „Gesetz zur Schaffung von Arbeiterausschüssen in den Betrieben“ eine Art Betriebsrätegesetz schaffen. Von vornherein war dieses Gesetz als vorläufige Regelung der Betriebsrätefrage gedacht worden. Die Arbeiterchaft verwarf das Gesetz als nicht weitgehend genug. Als unzulänglich ist an diesem noch in Geltung befindlichen Gesetz u. a. zu bemängeln: Die Einrichtung von Arbeiterausschüssen war auf industrielle Betriebe mit mehr als 50 Arbeitern beschränkt und auch hier freiwillig, jedoch von circa 800 in Betracht kommenden Betrieben nur 130 diese Ausschüsse einrichteten. Die Ausschüsse hatten nur eine beratende Rolle, und zwar in Lohnbestimmungen, Arbeitszeiten, Überstunden, Arbeitsort bei Betriebsveränderungen, Arbeitsordnung, Einrichtung von Wohlfahrtsvereinen, Arbeiterwohnungen u. a.; aber keinerlei Mitwirkung in der Betriebsführung. Daß trotzdem die Arbeitgeber über die Ausschüsse klagten und in ihnen ein Werkzeug der Arbeiterchaft zur Sozialisierung sahen, ist nebenbei bemerkt; es gibt schließlich kein Arbeiterrecht, gegen das die Unternehmer, und darin sind sie in allen Ländern gleich, nicht zu klagen hätten.

Ende 1922 hat man nun die von den norwegischen Gewerkschaften mit Zustimmung der Regierung gebildete Arbeiterkommission für die Betriebsrätefrage das Resultat ihrer Untersuchung fertiggestellt. Es liegt den norwegischen gesetzgebenden Instanzen nunmehr ein Betriebsrätegutachten von Arbeitnehmerseite vor, mit dem sie sich in nächster Zeit beschäftigen werden. Leider ist es der Kommission nicht gelungen, sich in allen Fragen zu einigen, die verschiedene sozialistische und gewerkschaftliche Kräfte und die Zerplitterung der norwegischen Arbeiterchaft spiegelte sich auch in diesem Gutachten wieder. So vertritt eine Minderheit von vier Arbeitervertretern völlig jede obligatorische Betriebsräteeinrichtung und fordert, es weiterhin den Betrieben zu überlassen, ob sie sich Betriebsräte einrichten wollen oder nicht. Von der Mehrheit wird aber ein Betriebsrätegesetz gefordert, das obligatorisch Betriebsräte in allen Betrieben mit über 20 Arbeitnehmern vorsieht, denen eine Mitwirkung in der Betriebsführung gegeben werden soll. Im einzelnen geht dann aber auch die Meinung der Mehrheit auseinander, in vielen Punkten aber sieht man deutlich die Betriebsräteforderungen der deutschen Gewerkschaften und die Bestimmungen des deutschen Betriebsrätegesetzes wiederkehren. So, wenn für die Betriebsräte ein Anteil an der Betriebsleitung und Mitbestimmung für die Betriebsausübung gefordert wird und beide Forderungen als unlosbar miteinander verbunden bezeichnet werden. So, wenn die Betriebsräte für alle Betriebe der Industrie, des Handwerks, des Handels und des Transportgewerbes gefordert werden. Auch die von der Kommissionsmehrheit geforderte Aufrichtung von Disziplinstreikräten und einem norwegischen „Reichswirtschaftsrat“, aus Arbeitgebern, Arbeitnehmern, Angestellten nebst Beamten und Verbrauchern, der als Gutachter der bestehenden Körperschaften in allen Wirtschaftszweigen sowie zu selbständigen Geschäften wirtschaftlicher und sozialer Natur beauftragt sein soll. Reizt sich aber schon hier der Unterschied von dem deutschen Betriebsrätegesetz darin, daß der norwegische Arbeiterchafts-Betriebsräte und Wirtschaftsräte aneinander kuppelt, so wird diese Abweichung weiter verfolgt in der Bestimmung, jeden einzelnen Betriebsrat aus Arbeitern, Angestellten und Arbeitgebern zusammenzusetzen. Man hofft durch diese Aufnahme des Arbeitgebers bzw. seines Vertreters in den Betriebsrat, die man als in England erprobt bezeichnet, ein besseres Zusammenarbeiten von Arbeitgeber und Arbeitnehmerchaft zu erzielen. Weiter als im deutschen Betriebsrätegesetz ist in dem norwegischen Vorschlag auch die Rolle des Betriebsrates in Lohnfragen, Überstunden, Urlaub und Kronenlohnangelegenheiten festgesetzt; hier werden dem Betriebsrat in Norwegen Angelegenheiten zugewiesen, die in Deutschland die Gewerkschaften bzw. die Betriebsräte regeln. Bemerkenswert sind noch die Wahlbedingungen, die der norwegische Betriebsrätevoranschlag aufstellt. Es heißt da, daß nur der Angestellte oder Arbeiter als Betriebsrat wählbar ist, der das 23. Lebensjahr vollendet hat, mindestens drei Jahre in dem betreffenden Fach und mindestens sechs Monate in dem betreffenden Betriebe arbeitet. Die sonstigen Annahmen der Aufgabe des Betriebsrats entsprechen, wie oben schon gesagt, ungefähr den deutschen.

Die Arbeitgeber haben natürlich schon ihre vollkommene Ablehnung dieses Betriebsrätevoranschlags verkündet.

Gemeinde- und Staatsarbeiterverband, 5. Verwaltungsbezirk, Morgen, abends 7 1/2 Uhr, Bezirksversammlung, Tüchtlerschule, Tüchtler Str. 4, im Rosenstimmer, Mittagessen beiliegend.
Deutscher Arbeiter-Verband, Goldbienen- und Rahmenbranche, Funktionärerversammlung heute, Donnerstag, abends 7 Uhr, im Arbeitslokal des Verbandshauses, Rungelstraße 10.
Zentralverband der Maschinen- und Eisler, Geschäftshaus Koch-Berlin, Testabend 9 Uhr im Saal 1 des Gewerkschaftshauses, Engelauer 24/25, Sonderversammlung aller in den südlichen Gebirgsgebieten sowie in den Winter-Gebirgsgebieten beschäftigten Maschinen-, Eisler- sowie Zugschaffener, Sonderversammlung: 1. Lohn- und Arbeitsbedingungen der gewerkschaftlichen Arbeitnehmer der Maschinen- und Eislerbranche, ab 1. Januar 1924. 2. Bericht über die Lohnverhandlungen bei der M.B.B. 3. Beschlüsse. Der Wichtigkeit der Tagesordnung entsprechend ist es Pflicht eines jeden dienstfreien Kollegen, pünktlich zu erscheinen. Die Ortsverwaltung.
Deutscher Bauergewerksbund, Holzgruppe des Töpfer, Kationensammlung am Sonntag, den 23. Dezember, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 24, Saal 1. Referent: Maria Rother-Domburg, Erscheinen aller organisierten Kollegen Pflicht. Nichtmitglieder haben Zutritt.

Verantwortlich für Inhalt: Graf Reuter; Wirtschaft: Urban Salzenus; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Redaktion: Dr. John Schlemmer; Solales und Sonstiges: Fritz Kersch; Anzeigen: H. Gieseler; Vertrieb in Berlin: Verlag: Formaria-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Formaria-Verlag und -Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 2, Platz 3 Zeilagen.

café Zeilka??

Nipsrael

Weihnachts-
Angebote

Mengenabgabe sämtl. Artikel vorbehalten!

<p>Begr. 1815 • Berlin C. Spandauer Strasse</p> <p>Sonntag, den 23., von 1-5 Uhr geöffnet!</p> <p>Preise in Goldmark</p>	<p>Damenwäsche</p> <p>Taghemd mit Hohlraum u. schmal. Träger 2.50</p> <p>Taghemd am Stück - Ans. 4.75</p> <p>Beinkleid mit Lang. 2.90</p> <p>Korsett a. neuem Dreil mit 1 P. Haltern 2.80</p> <p>Schürzen</p> <p>Wirtschaftsschürze Jumperform, aus gemustertem Kreton... 4.25</p> <p>Weißes Servierschürze Jumperform... 5.75</p> <p>Linon für Bettwäsche 80cm Nr. 1.10 130cm Nr. 1.90</p>	<p>Hauswäsche</p> <p>Tischtuch gebleicht, Damast, 130 x 160 cm 4.00</p> <p>Frottierrandtuch 48 x 100 cm... 0.95</p> <p>Kaffeedecke buntfarbig, 120 x 130 cm... 4.20</p> <p>Damenkleidung</p> <p>Bluse aus gestreiftem Flanel... 2.90</p> <p>Rock gestreiftem Stoff... 7.50</p> <p>Morgenrock Flausch... 12.50</p> <p>Mantel vorzüglicher Velours de laiz., jugendlich-fesche Form... 39.00</p>	<p>Herren-Hausjoppe aus Flauchstoff mit Verschleißung... 33.-</p> <p>Pelzkragen Fuchsform silbergrau Ziege... 26.-</p> <p>Regenschirm für Damen, m. mod. gerad. Stock und Stangenkapitän 7.75</p> <p>Taschentuch Batist mit Hohlraum u. handgestickter Ecke, Schweizer Stickerel... 0.25</p> <p>Blumenseife, Kappi... 0.25</p> <p>Frisierkamm... 0.75</p>	<p>Herrenwäsche</p> <p>Oberhemd farbig gestr. Perkal, m. Krogen 5.75</p> <p>Strickrawatten in vielen Mustern... 0.60</p> <p>Weicher Herrenhut in neuen Farben... 3.95</p> <p>Lederwaren</p> <p>Brieftasche aus schwarz. Leder, m. 4 Abt. 2.65</p> <p>Koffertasche aus braunem Leder, mit Trezor und Spiegel, große Form... 7.75</p> <p>Rasierapparat im Etui, Westentaschenformat 1.45</p>	<p>Wirkwaren</p> <p>Kragenschoner Kunstseide, neue Streifen 4.75</p> <p>Blusenschoner wolle m. Schalkragen, gestrickt 8.75</p> <p>Rodel-Garnitur teil. Reinwolle, L2-5 Jahre 16.50</p> <p>Gardinen</p> <p>Tüll-Garnitur gewebt 5.90</p> <p>Etamine-Garnitur buntfarbig... 9.65</p> <p>Erbstüll-Garnitur mit Bändchen-Arbeit 15.00</p> <p>Etamine-Garnitur mit Klöppel-Einsatz... 16.25</p>
--	---	--	---	--	--

Vom Kleinbauern der Großstadt.

Organisation und Ziele der Kleingärtnerbewegung.

Die Großstadtkleinbauern haben längst ihre Sommerresidenz in die Laubkolonien, verlassen und die Stadtmöblierung wieder aufgesucht. In den Laubkolonien selbst haben Bäume und Sträucher ihr grünes Gewand mit dem herbstlichen vertauscht. Und wenn der erste Schnee Baum und Strauch für den langen Winterschlaf sorgsam einhüllt, dann liegen die Laubkolonien einsam und verlassen da. Nur ab und zu werden noch menschliche Laute zu vernehmen sein. Der aus einzelnen Kaminen aufsteigende Rauch kündigt die Anwesenheit von Menschen. Es sind ihrer ganz wenig, wenige, die die Laube auch im Winter als Wohnung innehaben müssen. In Groß-Berlin haben wir zurzeit ungefähr 170 000 Kleingärtner, die im Sommer bemüht sind, tüchtig ihr Fleckchen Land so wirtschaftlich wie möglich auszunutzen. Etwa 50 000 Kleingärtner in etwa 800 Vereinen zusammengeschlossen (fast jede Kolonie bildet einen Verein) sind im Reichsverband der Kleingärtnervereine Deutschlands, Gaueverband Groß-Berlin, organisiert. Die nachfolgenden Zeilen sollen versuchen, einen Ueberblick zu geben über den Werdegang der Organisation, die zum Schutze der Laubkolonisten entstehen mußte.

Die Anfänge der Bewegung.

Es war Ende des Jahres 1870, als die Laubkolonien nach und nach entstanden und sich außerordentlich stark vermehrten. Schon Mitte des Jahres 1890 konnte man in Berlin und Umgegend ungefähr 40 000 Laubkolonisten zählen, die aber immer von der Gnade oder Ungnade der gewerkschaftlichen Generalpächter abhängig waren. Die verfassunggebende deutsche Nationalversammlung hat mit diesen Leuten gründlich aufgeräumt und in der Kleingarten- und Landpachtordnung vom 31. Juli 1919 festgelegt, daß zum Zwecke nicht gewerkschaftlicher gärtnerischer Nutzung Grundstücke nicht zu höheren als den von der unteren Verwaltungsbehörde festgesetzten Preisen verpachtet werden dürfen. Ferner dürfen Grundstücke zum Zwecke der Weiterverpachtung als Kleingärten nur durch Körperstellen oder Anstalten des öffentlichen Rechtes oder ein als gemeinnützig anerkanntes Unternehmen zur Förderung des Kleingartenwesens gepachtet und nur an solche verpachtet werden. Steinweg, der ehemalige Vorsitzende des Verbandes, stellt in einer kleinen Broschüre: „Durch Organisation zum Erfolge“ fest, daß es diese Auslager verstanden haben, schon damals bis zu 1000 Pros. Verdienst aus ihren Generalpachtungen herauszuschlagen. Ueberhaupt bilden die damaligen Generalpächter ein Kapitel für sich. Jeder einzelne Unterpächter hing, wie schon erwähnt, von der Gnade dieser Leute ab. Wurden doch viele Pachtverträge nur daraufhin abgeschlossen, wenn sich die Unterpächter gleichzeitig verpflichteten, ihren Bedarf an Bier und Schnaps vom Feldbubdiker, ein Beruf, den der Generalpächter nebenbei ausübte, zu beziehen. Viele Kolonisten trugen daher mit Recht den Namen „Suffkolonisten“, denn wer nicht trank — der flog. Die damals noch keine Organisation der Laubkolonisten, die im Jahre 1901 entstand, konnte 1908 einen Erfolg buchen. Es wurde die Bestimmung getroffen, daß auf den Berliner Magistratsländerleien die Generalpächter nicht gleichzeitig Pächter sein dürfen. Die erste Zeitung für die Interessen der Laubkolonisten führte den Titel: „Der Ackerbürger“ und wurde von den beiden Schriftführern Franz Schulz und Guido Baumann herausgegeben, die hiermit versuchten, einen Zusammenschluß der Vereine herbeizuführen. Im Jahre 1901 fand dann auch die Gründungsversammlung statt. Acht Vereine, darunter die jetzt noch bestehenden „Ohm Paul“ (jetzt Verein Dammweg), „Bavaria Ruh Südost“ und „Neu-Kalefornien“, gründeten den „Bund sämtlicher Pflanzervereine Berlins und Umgegend“.

Der Aufstieg.

Das Jahr 1903 brachte das Erscheinen einer eigenen Zeitschrift: „Der Laubkolonist“ und 1911 wurde der „Bund“ umgetauft und „Verband der Laubkolonisten Berlins und Umgegend“ benannt. 1911 zählte der Verband etwa 14 Vereine mit 945 Mitgliedern zu seinem Bestand und kann heute mit 800 Vereinen und 50 000 Mitgliedern aufwarten. Steinweg stellt in seiner Broschüre fest, daß nur dadurch der Verband seine Zwecke und Ziele erfüllen konnte, indem er sich auf die Tatsachen einstellte, die Organisation im Sinne der modernen Arbeiterbewegung zu führen. Heute führt der Ver-

band den Titel: „Reichsverband der Kleingärtnervereine Deutschlands, Gaueverband Groß-Berlin“, und hat seine Geschäftsstelle in Neudamm, Böhmisches Str. 48. Seine Zwecke und Ziele sind im Statut festgelegt: „Der Gaueverband erstrebt den Zusammenschluß aller Kleingärtner Groß-Berlins, um die Förderung des Kleingartenwesens wirksamer betreiben zu können. Besondere Einrichtungen, die Landpachtgenossenschaft, die Brand- und Sterbekasse sowie die Bezugsvereine, stehen im Dienste dieser Förderung zur Wahrnehmung der wirtschaftlichen und idealen Interessen der Verbandmitglieder.“ Die Mehrzahl der Kolonisten haben sich zu Vereinen zusammengeschlossen, die dem Gaueverbande angehören. Eine größere Anzahl der Vereine nennen Kolonistenheime, Kantinen, Wasserleitungen und andere wichtige Einrichtungen ihr Eigentum. Der gesamte Verband ist in 11 Bezirke eingeteilt, die ehrenamtlich verwaltet werden und die Kleinarbeit zu erleichtern haben. Sämtliche Pachtungen stehen unter der Kontrolle des Gaueverbandes. Die Berliner Landpachtgenossenschaft hat zurzeit etwa 20 Millionen Quadratmeter Land in Pachtung, d. h. fast ein Drittel der überhaupt in Groß-Berlin von Kleingärtnern besetzten Fläche. Als weitere Sonderinstitution des Verbandes haben wir die Bezugsvereine deutscher Kleingärtner e. m. b. H. zu verzeichnen. Sie hat den Zweck, den Großeinkauf von kleingärtnerischen Bedarfsartikeln zu ermöglichen und verdient in weitestgehender Weise die Unterstützung der Kleingärtner. Zum Schluß seien noch genannt die Brandunterstützungskasse sowie die Sterbe- und Anzugsunterstützungskasse, die ihre Mittel durch Umlagepflicht aufbringen.

Das ist nur ein knapper Ueberblick über die Organisation der Kleingärtner. Jetzt steht die Laube, daß die Organisation geboren werden mußte zum Schutze der Laubkolonisten, die sich in der Vorkriegszeit auf Grund des Generalpächterumwesens in sehr bedrückter Lage befanden. Den Männern, die sich hierzu aufrafften, diese Zustände zu bessern, gebührt Dank. War es damals nicht leicht, Laubkolonisten zu organisieren, so hat sich hier nach der Revolution manches verbessert, doch gilt es noch diese Leuten zu erheben. Vereinsmehrerer, die in einzelnen Kolonien in Reinkultur betrieben werden, müssen endgültig aufhören zu existieren, denn sie stehen einer Vorwärtsarbeit nur im Wege. Das Ziel aller Kolonisten muß sein: die Befreiung der alten Vereinsgebäude von Anno domini. Die Organisation und die Vereine im Sinne der modernen Arbeiterbewegung geführt, und es wird weiter vorwärts gehen.

Auszeichnungspflicht für Ktrappen.

Wichtige Entscheidungen zweier Wuhgerichte.

Mit der den gesamten Einzelhandel interessierenden Frage, ob Ktrappen auf Grund der Preiswärtungsverordnung auszeichnungspflichtig sind, hatte sich gestern die I. Strafkammer des Landgerichts II als Berufungsinstanz gelegentlich einer Anklage gegen einen Steglitzer Kolonialwarenhändler zu beschäftigen. Die erste Instanz hatte den Angeklagten freigesprochen, da sie die Frage der Auszeichnungspflicht für Ktrappen verneinte. Hiergegen hatte der Staatsanwalt Berufung mit der Begründung eingelegt, daß bei einer anderen Auffassung der Täuschung des Publikums Tür und Tor geöffnet sei und daß sich die Geschäftsleute darauf beschränken, anstatt Ware Ktrappen auszustellen. In der Verhandlung vor der Strafkammer wies Rechtsanwält Dr. Thiels darauf hin, daß Ktrappen lediglich als „Anpreisung“ der Ware anzusehen seien. Derartige Anpreisungen unterliegen aber der Auszeichnungspflicht nicht, da die Verordnung diese nur für „Waren“ vorschreibt. Die Preiswärtungsverordnung enthalte eine Beschränkung der sonst gesetzlich gewährleisteten Gewerbsfreiheit und müsse deshalb so eng wie möglich ausgelegt werden. Das Berufungsgericht bejahte jedoch den Streitpunkt, ob Ktrappen auszeichnungspflichtig seien. (Sprach aber den Angeklagten aus subjektiven Gründen frei, weil er auf Grund eines früheren Beschlusses der Preisprüfungskommission Berlin der Ansicht sein konnte, daß er zu einer Preisauszeichnung von

Ktrappen nicht verpflichtet sei. — Ein gleiches Urteil in einem genau so liegenden Falle fällte gestern ebenfalls das Wuhgericht II. Es begründete die Auszeichnungspflicht noch schärfer, indem es ausführte, daß es sich um eine charakteristische und typische Anpreisung einer Ware seitens des Verkäufers handle.

Brotspende für unsere Erwerbslosen.

In Berlin leben gegenwärtig an 300 000 arbeitslose Männer und Frauen. Rechnet man auf jeden Arbeitslosen nur zwei Familienangehörige bei einer Bevölkerung Berlins von nicht 4 Millionen Einwohnern, so zeigt sich uns ein Bild des Jammers und der Not, wie es bald schlimmer nicht gedacht werden kann. Und dabei bringt jeder Tag ein weiteres Anwachsen der Arbeitslosen!

Auf den Arbeitsnachweisen sind unverantwortliche Elemente an der Arbeit, die Arbeitslosen aufzubeugen gegen Juden und Sozialisten und Republik. Dunkel, schier unerträglich finanzielle Hilfsquellen haben ihnen zur Verfügung. Planmäßig wird eine Aktion betrieben, die an die unbefriedigten Instinkte der ausgehungerten Menschen appelliert. Zu allen Zeiten haben politische Abenteurer sich daher gerade der Erwerbslosen bedient, um ihre unheilvollen Pläne zur Durchführung zu bringen. Darben und stürzende Menschen erliegen oft zu leicht den Einflüsterungen gewissenloser Agitatoren.

Die Krmut, in der sich das Reich, die Länder und die Gemeinden befinden, wie auch der mangelnde Opfermut bestehender Schichten unseres Volkes haben dazu beigetragen, daß die staatliche Hilfe allein bei weitem nicht ausreicht, um von den in Not geratenen Menschen auch nur das Allernötigste abzumenden. Sollten zu allem Unglück die von der Regierung vor einiger Zeit angekündigten Maßnahmen von einem Abbau der Erwerbslosenunterstützung Wirklichkeit werden, so ist heute noch nicht abzusehen, welche katastrophalen Wirkungen das nicht nur auf die Erwerbslosen, sondern auch auf den Staat haben könnte. Dem vom Schicksal so hart getroffenen Volksgenossen nach Kräften zu helfen, ist dringende Pflicht aller menschlich Gesinnten. Es wird jetzt so viel von der Notwendigkeit des Zusammenstehens des ganzen Volkes geedet und geschrieben. Jeder kann und soll sich für dieses Ziel betätigen, indem er jene unterstützt, die den Zweck haben, das Los der Notleidenden zu mildern. Eine Brotspende für unsere Erwerbslosen soll in aller Kürze geschaffen werden. Durch die Unterstützung von Parteigenossen war die Berliner Parteileitung bereits leithin in der Lage, in den letzten von der Partei einberufenen Arbeitslosenversammlungen an tausend Broie zu verteilen.

Diese Spende soll ausgebaut werden.

Es muß auch auf diesem Wege der Versuch unternommen werden, das Elend so weit wie möglich zu lindern. Hilfsbereits Parteigenossen haben ihre weitere Unterstützung zugesagt. Darüber hinaus richtet sich der Appell an alle edel empfindenden Menschen, bei der Schaffung unserer Brotspende heidend einzugreifen. Kein sich dem Volksganzen gegenüber verantwortlich fühlender Mensch darf teilnahmslos zusehen, wie Männer, Frauen und Kinder, unschuldige Opfer unserer Wirtschaftskrise, verhungern.

Tragt alle, die ihr nur irgend könnt, das eure bei zur Binderung der entsehlenden Rott! Helft schnell!

Einzahlungen können gesendet werden an Franz Künstler, Lindenstraße 3, oder auf das Postkontto 4896, Deutsche Union-Bank, Brotspende.

Ein Tagesheim für die Alten.

Auch im Verwaltungsbezirk Prenzlauer Berg ist jetzt ein Heim geschaffen worden, des alten Leuten für die Tagesstunden eine warme Aufenthaltstätte bieten will. Auf dem an der Danziger Straße gelegenen Grundstück der früheren Paraden-schule, deren Räume nicht mehr zu Schulzwecken benutzt werden, hat sich die Möglichkeit, das Heim in der Turnbarade unterzubringen. Gestern wurde es mit einer Feier eingeweiht, die man wegen der Nähe des Weihnachtsfestes als gemütliche Weihnachtsfeier gestalten konnte. An ihr nahmen einige hundert Greise und Greifinnen teil und mit ihnen Vertreter des Bezirksamtes, der Bezirksverwaltung und der Wohlfahrtspflege. In der Weidrede erinnerte Bürgermeister Genosse John daran, daß der Raum bisher eine Stätte der Jugend und der Freude war. Jetzt sei er eine Stätte des Alters und der Sorge, aber die Sorge der

Copyright Georg Müller, München.

Die Lofolischer.

Roman von Johan Bojer.

Henrik Rabben erhob sich. Er sah den andern in die Augen, konnte aber nichts sagen. Dann ging er auf den Ausgang der Hütte zu. „Gehst du?“ fragte Kristaver. „Ich komme wieder,“ sagte Henrik.

Er blieb draußen am Strande stehen, wo der Frost ihm ins Gesicht schnitt. Die Wellen bespülten seine Füße, auf dem Fjord waren Lichter von Schiffen, und über weißen Schneebergen funkelte der Sternenhimmel. Im Westen hörte man das Meer brausen.

Henrik wollte hin und her gehen, um h zu sammeln und herauszufinden, was er tun sollte. Aber hier war kein Platz. Gleich seitwärts war die Hütte vom „Meerleuchten“, und dann kamen wieder die schroffen Klippen, die steil zum Meer abfielen.

Da hörte er einen seltsamen Ton von jenseits des Fjords, wo aus den Hütten Licht herüberschimmerte. Es war Gesang. Ein Choral.

Und jetzt mußte er, was es war. Das waren die Caestadianer, die eine Andacht hielten, ehe sie zur Ruhe gingen.

Henrik Rabben blieb stehen und hörte zu. Endlich schaute er zu dem klaren Frostschimmel mit den hellen, zuckenden Nordlichtstreifen auf, strich sich den Bart und flüsterte: „Du mußt mir vergeben, wenn ich etwas Falsches tun.“

Aber als er wieder hineingehen wollte, blieb er an der Tür stehen, ging um die Hütte herum, faltete die Hände, so gut er es in Fausthandschuhen vermochte, und kniete im Schnee nieder.

Als die Männer, die in der Hütte saßen, ihn nach einer Weile wieder hereinkommen sahen, lag ein eigener Friede auf seinem Gesicht, und er richtete sich auf und blickte von einem zum andern.

„Wenn Ihr mich dazu auserkiet,“ sagte er, „so will ich es tun, in Gottes Namen. Wir müssen bedenken, daß schließlich auch die Jünger nur einfache Fischer waren.“

Die Bootsführer blickten einander an und nickten. Alle schwiegen, man merkte, daß alle einig waren.

Aber Lars fiel es schwer, die Tränen zurückzuhalten. Eine

große Handlung würde vor sich gehen. Es war wie damals, als der Doktor die Instrumente hervorholte, um die Großmutter zu operieren, oder . . . ach nein, es war wohl etwas viel Größeres.

Henrik Rabben stand noch immer da. — Er strich sich über die Stirn, die Augen blickten von einem zum andern.

„Aber zuvor noch eins. Soll ein einfacher Mann sich mit einer so heiligen Handlung befassen, so muß er ein reines Gemüt haben. Und deshalb frage ich euch, meine Kameraden: Habe ich eine Sünde an euch getan? In diesem Falle stehe ich jetzt hier und bitte euch um Vergebung.“

Das war doch mehr, als Lars ertragen konnte. Er legte die Hände vor das Gesicht und wendete sich ab, damit keiner sehen sollte, daß er heulte.

Aber er hörte den Vater sagen: „Du kannst dessen sicher sein, Henrik, du hast uns nie anderes als Gutes getan.“

„In Gottes Namen denn,“ sagte Henrik.

Und jetzt erst schien er daran zu denken, was er brauchte. Wein hatten sie nicht und auch kein Brot, wie es sein mußte. Aber zum langen Ueberlegen war keine Zeit.

Der Lichtstumpf in der Flasche brannte und brannte und alle saßen schweigend da, während Henrik an seine Kiste ging und eine kleine Flasche mit Rigabalsam herausholte. Er goß einen Schluck in eine Kaffeetasse, mischte etwas Wasser darunter, versuchte. Dann schnitt er ein Stück von seinem feinen Kuchen ab, den seine eigene Frau gebacken hatte, da aber fiel ihm ein, daß auch Elezeus in seiner Kiste solchen Kuchen hatte, von seiner Frau Berit für die Reise gebacken. Es war wohl besser, davon zu nehmen. Dann war auch Berit dabei. Das Stück Brot auf einem Blechteller, die Lasse in der Hand, ging er zu dem Kranken hin, kniete nieder und setzte Tasse und Teller auf den Fußboden.

„Elezeus,“ sagte er und rüttelte ihn sanft, „kennst du mich?“

„Ja.“

„Wir können keinen Pfarrer holen, aber willst du, daß ich dir das Sakrament gebe?“

„Ja.“

„Willst du, daß wir erst einen Choral singen?“

„Ja.“

Per Suzansa hatte sich vom Lager des Kranken entfernt. Jetzt blickte Henrik mit einem zum andern.

„Vielleicht singen wir: Ein feste Burg ist unser Gott.“

Sie hatten kein Gesangbuch, aber dies konnten sie auswendig. Und jetzt sangen sie. Lars' Kindesstimme überhörte die anderen. Per Suzansa faltete die Hände in den Fausthandschuhen und sang, Raneles Gomon stimmte ein und sang und dachte an seinen alten Vater. Das gelbe Licht in der Flasche leuchtete so gut es konnte in dem kleinen Raum und über diese Männer, die hier des Frostes wegen in voller Seerausrüstung saßen. Aber Lars kam es jetzt während des Chorals vor, als verwandelt sie sich, sie wurden Jünger — so wie die Fischer dereinst gewesen waren. Und der Psalm paßte so gut zu dem Leben hier in der Einside, zu dem kranken Fischer und zu denen, die in einer Häuserstube weit südlich saßen und nun keinen Versorger mehr haben würden.

Als der Choral gesungen war, zog Henrik den Fausthandschuh aus und legte dem Kranken die Hand auf die Stirn.

„Möchtest du uns etwas sagen, Elezeus?“

„Ja.“

„Hast du vielleicht einem Menschen etwas angetan, was dich schlecht dünkt und was wir versuchen können wieder gutzumachen?“

„Ja, grüßt die Berit!“

„Ist sonst noch etwas?“

„Nein. Versucht Berit zu helfen.“

„Das versprechen wir dir, Elezeus. Berit soll Essen und Trinken haben, so lange in meinem Hause etwas ist.“

„Das . . . das ist gut.“

Nach einer Weile fragte Henrik wieder: „Glaubst du an Gott, Elezeus?“

„Ja.“

„Und bereußt du alles, was du getan hast und was nicht war, wie es hätte sein sollen?“

„Ja. Oh! Ja!“

Gleich darauf fuhr Henrik fort, während seine Hand noch immer auf der Stirn des andern lag:

„So verkünde ich dir im Namen Gottes des Allmächtigen, daß dir alle deine Sünden in Gnaden vergeben sind, im Namen Gottes des Vaters, des Sohnes und des Heiligen Geistes.“

Damit gab er ihm das kleine Stück Brot und einen Schluck aus der Tasse.

Und dann sangen sie wieder einen Choralvers.

Darauf saßen sie eine Weile schweigend und blickten vor sich hin.

(Fortsetzung folgt.)

Die öffentliche Gesundheitspflege in Gefahr.

Allen wolle man zu verschonen sich bemühen. Die Besucher können in diesem Heim täglich von 9 Uhr vormittags bis 7 Uhr abends verweilen, können lesen, nähen, lädchen, sich unterhalten. Es ist auch dafür gesorgt, daß sie dort ein Mittagessen zu sich nehmen können, für das sie nur 5 Goldpfennige zu bezahlen haben. Bei der Einweihungsfeier wurden die Gäste mit Kaffee und Kuchen bewirtet, dazu von Familien- und Geschäftsfreunden des Bezirkes, dank der Werberei der Frauen-Vereine, alles Mögliche unentgeltlich geliefert worden war. Ein Vortragsabend aus Mitgliedern der Feuerwehrr-Kapelle erfreute durch seine Vorzüge die alten Leute. Um das Zustandekommen des Heimes haben besonders zwei Mitglieder der Bezirksversammlung, unsere Genossen Schmitz und Frau Henschke, sich verdient gemacht.

In dem Bestreben, unserem Gemeinheitsleben neue Formen zu geben, wurde seinerzeit Greifswalder Str. 225 das erste Rentnerheim begründet. In ihm fanden alle Frauen Unterkunft, deren Existenz durch die Wirtschaftskrisis vernichtet wurde. Das Heim in der Greifswalder Straße enthält Einzelzimmer und einige Gemeinschaftsräume. Es ist eine Küche vorhanden, doch wird nicht gekocht, sondern das Essen aus der Volkslüche bezogen. Die Küche wird benutzt, um gegebenenfalls Essen zu wärmen und Wasser für Kaffee und Tee zu bereiten. Die Rentnerfürsorge des Bezirkesamt Greifswalder Berg liefert jede Woche 10 Brote. Aber nicht nur für das leibliche, auch für das geistige Wohl der Bewohnerinnen wird gesorgt. So finden Sonntags künstlerische Unterhaltungen statt, zu denen sogar Kräfte der Staatsoper gewonnen wurden. Die größte Freude für die Anwesenden ist natürlich, wenn sie sich ihrem Vergnügen können gemäß noch lebendige betätigen dürfen. So findet eine 75jährige hübsche Kinderkriegerin, deren werden wolkene Strümpfe und warme Handschuhe gestrickt und aus Stoffresten mollige Söhne hergestellt, deren Sohlen freilich vom Bezirkesamt geliefert werden. Im Rentnerheim kommt überdies zweimal in der Woche die Frauenerwerbshilfe zusammen. Die Erwerbshilfe nimmt sich der Erwerbsbeschränkten und Erwerbsbehinderten an. Sie tritt zu der Industrie in keine Konkurrenz, so daß durch sie auf keinen Fall neue Arbeitslose geschaffen werden. Zeitweilig werden auch Frauen beschäftigt, wenn Mann und Söhne zugleich arbeitslos sind. Auf diese Weise wird eine produktive Wohlfahrtsstätte geschaffen.

Bedingt durch die große Not der Zeit und angespannt durch den vollen Erfolg des Rentnerheims in der Greifswalder Straße wurde in der Schönhauser Allee ein zweites geschaffen. Es enthält 12 Einzelzimmer. Diese Heime sind sowohl als traurige, wie als freundliche Seitenbühnen zu betrachten. Denn zeigen sie auch die lastende, alles zermürbende Schwere unserer Zeit an, so sind sie aber ebenfalls die Zeugen eines stark erwachenden Gemeinheits.

v. Kühnes Klagen.

Verliner Zeitungen wegen Verleumdung verurteilt.

Der Verleumdungsprozeß, den Herr v. Kühne auf Schloß Behow gegen drei Berliner Zeitungen angestrengt hat und der vor dem Amtsgericht in Werder a. H. verhandelt wurde, ist gestern bereits beendet worden und endete mit einer Verurteilung der Angeklagten zu je 500 Goldmark Strafe.

Vor Eintritt in die Beweisaufnahme erklärte der Vorsitzende, daß man alle Fälle, die den jungen Kühne betreffen, ausschälen könne, weil es doch gerichtsnotorisch sei, daß dieser mit der Waffe leichtfertig umgehe. Rechtsanwalt Heine betonte demgegenüber, daß sich die Erörterungen von dem ganzen Fragenkomplex nicht trennen ließen. Die Befragten ständen auf dem Standpunkt, daß Kühne kein Kind so erzogen und diese Schölerer erzieht habe. Justizrat Joesfsohn betonte, daß Kühne kein Kind niemals in dem Sinn erzogen habe, daß sie schließlich auf Menschen schießen dürften. Er fühle sich jedoch berechtigt, seinen Befehl zu erteilen.

Dann wurde in die Beweisaufnahme eingetreten und als erster Zeuge der 29jährige Kühne zum Vorkommen, der seine Befundungen ziemlich aufgeregt machte und auf die Vorhalte der Verleumdung so erregt und scharf antwortete, daß der Zeuge vom Vorsitzenden wiederholt zurückgewiesen werden mußte. Erster Staatsanwalt v. Gerlach berichtete darauf über eine ganze Reihe von Fällen, die ihm bei den Nachforschungen über die Herren v. Kühne zu Ohren gekommen seien. Der unerhörteste Fall, so führte der Zeuge aus, ist der des Vaters und Sohns Kühne. Die beiden gingen eines Tages im Rehower Forst spazieren, als sie plötzlich vom jungen Kühne angriffen wurden. Als beide weglaufen, hat der junge Kühne Schnellfeuer auf sie abgegeben. Sowohl der Vater als der Sohn haben je drei Schüsse davongetragen. Merkwürdigerweise hat der junge Kühne dafür nur eine Geldstrafe bekommen; m. E. hätte damals ganz anders durchgegriffen werden müssen. Sicherlich bestanden eine ganze Reihe von Fällen, in denen der junge Kühne geschossen hat, ohne daß er angegriffen worden war. Rechtsanwalt Heine: Vor dem Kriege soll einmal in Behow ein dem Hof gehörige Motorboot angelegt haben, deren Insassen vom alten Kühne ebenfalls zurückgewiesen wurden. Erster Staatsanwalt Gerlach: Vom Hörensagen ist mir bekannt, daß es sich dabei um den ehemaligen Kronprinzen handelte. Kühne sen.: Das ist nun alles so aufgebaut worden, als ob wir die Hohenzollern abgefaßt hätten.

Haben Sie man keine Sorge, wir rufen die Hohenzollern noch zurück.

(Weiterkeit und Unruhe im Zuschauerraum.) Erster Staatsanwalt Gerlach, der sich selbst als „Spezialist für die Familie v. Kühne“ bezeichnet, geht dann auf den Fall Nietert ein und bekundet, daß auf Grund der Ermittlungen Kühne außer Verfolgung gesetzt werden mußte, weil er ganz offensichtlich in Notwehr gehandelt habe. Angeklagter Redakteur Wendel: Herr Erster Staatsanwalt, ich bitte mir noch zu bestätigen, daß Sie in Ihrem letzten Blättereintrag im Kühne-Prozeß selbst von Willkür und Willkür gesprochen haben. Erster Staatsanwalt Gerlach: Das ist richtig; solche Zustände waren mir auch noch nicht vorgekommen. Ich komme selbst vom Lande, habe aber so was nicht erlebt. Ginkow ist ja keine schöne Gegend, aber auf den anderen Gütern ist es doch ähnlich, ohne daß dort gleich geschossen würde. Rechtsanwalt Gilly Gohn: In dem Schwurgerichtsverfahren gegen Herrn v. Kühne hat dessen Staatsanwalt behauptet, daß Kühne ihm bei der Mitteilung, daß eine Reihe im Walde gefunden worden sei, geantwortet habe: Laßt sie liegen, laßt doch die Schweine sie fressen. Herr v. Kühne bezeichnet sich selbst als religiös und christlich empfindender Mann. Ein solcher Ausdruck ist weder religiös, noch christlich.

Am Blättereintrag erklärte der Rechtsbeistand des Herrn v. Kühne, Justizrat Joesfsohn: Diese Angriffe hätten ihn, den Verteidiger selbst, abgibt er politischer Antipode Kühnes sei, aufs tiefste empört. Man habe politische Momente in die Angelegenheit hineingebracht. Kühne habe sich völlig korrekt benommen, er sei weder Menschenhinder, noch Menschenhater. Der Verteidiger verlangte eine exemplarische Bestrafung der beklagten Redakteure durch Freiheitsstrafen. Demgegenüber erklärte der erste Verteidiger, Rechtsanwalt Heine, daß eine derartige Bestrafung überhaupt nicht in Frage kommen könne. Die Angeklagten nähmen für sich die Wahrnehmung berechtigter Interessen in Anspruch und seien daher freizusprechen. In Anbetracht der bekannten Zustände auf Schloß Behow seien die in Frage kommenden Berichte durchaus glaubhaft erschienen. Rechtsanwalt Gilly Gohn schloß sich diesen Ausführungen in längeren Darlegungen an. Von den beklagten Redakteuren erklärte Arno Arndt, daß er nach den ihm zugegangenen Berichten zu der Annahme kommen mußte, daß Schloß Behow einer Verleumdungskampagne für Handfeuerwaffen gleiche. Nach längerer Beratung verleitete der Vorsitzende, Amtsgerichtsrat Siederbaum, folgendes Urteil: Die Angeklagten werden wegen Verleumdung durch die Presse zu je 500 Goldmark Geldstrafe verurteilt, die Kosten des Verfahrens werden ihnen zu je einem Drittel aufgelegt. Dem Rittergutsbesitzer

Zu Beginn dieser Woche fand im hygienischen Institut der Universität eine Protestkundgebung gegen den Abbau der öffentlichen Gesundheitspflege von dem Verein gleichen Namens statt. Referent des Abends war der Direktor des hygienischen Instituts, Geheimrat Hahn, der einen warnenden Appell an die staatlichen und kommunalen Behörden richtete, beim Abbau hygienischer Einrichtungen besondere Vorsicht walten zu lassen.

Als Theoretiker vertrat Geheimrat Hahn sehr stark den Wert der Sozialhygiene, sonst hätte er nicht für eine Einschränkung der sozialhygienischen Maßnahmen und ihren Ersatz durch den Unterricht an den Universitäten eintreten können. Seine Einstellung zu der sozialen Fürsorgebedeutung betonte keine Umkehrung: „Der Ruf nach der Staatshilfe bedeutet für manche Volksteile eine Herabsetzung des ethischen Pflichtgefühls.“ Auch auf Gebieten, die nicht zur Volkshygiene gehören, äußerte der Referent einige sehr wertvolle Anschauungen. So sei eine Besserung der Verhältnisse in den Krankenhäusern nur durch Aufhebung des Achtstundentages und der Tarifverträge des Personals, das aus Privatverträgen angeheilt werden müßte, zu erreichen. Der Krankenpflegebericht dem Dienst in der Reichswehr gleichzustellen. Von den Kassen sagte der Referent, sie sollten nicht nur Versorgungsmittel für verdiente Mitglieder der politischen Parteien sein, sondern sie hätten hygienische Aufgaben zu erfüllen. Material aus eigener Erfahrung über die Tätigkeit der sozialen Fürsorge konnte der Referent als Nichtpraktiker nicht bringen. Hier legten die Männer der Praxis ein. Als erster sprach

Stadtmedizinalrat Genoffe Dr. Rabnow:

Es könnte nicht mehr von einem Abbau des Gesundheitswesens gesprochen werden, so führte er aus, sondern von einem Verfall. Individuelle Krankenfürsorge sei als vorübergehende Sozialhygiene notwendig. Die Krankenhäuser liebten Not. Die Verpflegung sei quantitativ und qualitativ schlecht geworden. Es sei in Berlin soweit gekommen, daß die Patienten aufgefordert werden, eigene Wäsche mit ins Krankenhaus zu bringen. Wir müssen uns voll bewusst sein, daß das, was einmal abgebaut ist, in absehbarer Zeit nicht wieder aufgebaut werden könne. Deshalb muß jede Planlosigkeit vermieden werden. Eine Zusammenfassung des Wohlfahrts-, Jugend- und Erziehungswesens, wie es von Geheimrat Hahn vorgeschlagen wurde, sei unmöglich. Die Medizin würde dann das Wassertröpfchen und der Jurist oder die Wohlthätigkeitsdamen bekommen die Führung. Sehr zu beherzigen waren seine Schlussworte: „Stellt den Mediziner an die Spitze der Medizin und nicht den Verwaltungsjuristen. Denn andere Berufe haben andere Interessen und eine andere Mentalität.“ — Als zweiter Diskussionsredner sprach

v. Kühne auf Behow wird die Befugnis zugesprochen, das Urteil im politischen Teil des „Berliner Tageblatts“, der „Berliner Volkszeitung“, der „Morgenpost“ und des „Werderischen Generalanzeigers“ zu veröffentlichen. In der Begründung heißt es: Das Gericht habe nur diejenigen Beweisaufnahmen zu prüfen gehabt, die sich mit Herrn v. Kühne sen. beschäftigten. Die Frage, ob der Presse die Wahrnehmung berechtigter Interessen zugesprochen werden könne, sei unstritten. Das Gericht habe sich auf den Standpunkt gestellt, daß dieses Recht für die Presse nicht in Frage komme. Die Presse sei ein Geschäftsunternehmen, das sich nach dem Gewinn seines Publikums richte und den Zweck habe, Geld zu verdienen. Die Artikel seien nur aus Sensationslust verfaßt worden. Man habe aber nichts unternommen, um sich von der Wahrheit der eingegangenen Berichte zu überzeugen, obgleich es eine Kleinigkeit gewesen wäre, sich beim Amtsgericht nach dem Sachverhalt zu erkundigen. Aber selbst die Jubiläumsgesellschaft berechtigter Interessen blieben noch formale Verleumdungen schlimmster Art.

Wohltätigkeit und Reklame.

Die Weinbrand- und Bäckereifabrik Kur-Trier A.-G. Scherzhof-König kündigt in einem Aufruf an, daß die Hälfte des Verkaufserlöses ihrer Weinbrand- und Bäckereifabrik der „Deutschen Altershilfe“ zuzuführen. Gegenüber dieser höchst eigenartigen Auswertung der Altershilfe zu Reklamezwecken des Sozialwandelhandels hielten wir uns für verpflichtet, öffentlich zu erklären, daß die Reichsgesellschaft der „Altershilfe des deutschen Volkes“ mit diesem Aufruf der Bäckereifabrik Kur-Trier nichts zu tun hat. Die Firma hat uns weder um unsere Zustimmung ersucht, noch würde sie diese Zustimmung erhalten haben. So dankbar wir sind, wenn auch die Industrie unser Hilfswort unterstützt, so hatten wir doch grundsätzlich eine solche Form der Sammlung nicht für angebracht.

Landfriedensbruch — Bekleid?

Weitere Fälle krasser Not vor dem Sondergericht.

Oberschnemelde fand am 9. November in „Plammen des Kufens“ sagte der Bäckereifabrik. Zur Weiche des Revolutionstages wird den Erwerbslosen keine Unterstützung gezahlt: die Kasse ist leer. Der Marktalltag droht Gefahr, besonders zu werden. Volkseid treibt die Menge auseinander. Die verteilt sich in Trupps. Ein Bäckereifabrik rettet seinen Laden indem er die Kassette herunterläßt. Ein anderer wirft der hungrigen Menne Schrippen auf die Straße. Die Eigentümerin eines Milchladens verteidigt sich dadurch, daß sie Witze ist. Ein Bäckereifabrik wird geulandert. Die Menne verachtet auf der Straße Schrippen und Brot. Die Polizei rührt dies „Mißverstand“ nicht an, läßt sie ruhig essen. Schließlich dringt ein Trupp von 16 Mann in einen Bäckereifabrik, nach mehr wahren drängen. Der Sprecher sagt: „Die Arbeitslosen bitten um ein Stückchen Brot.“ Die Bäckereifabrik antwortet: „Kinder, Ihr bekommt jeder ein Stückchen Brot, schmeißt mir nur nichts entweh.“ Sie benimmt Brot zu verteilen. Die Polizei erscheint. „Was wollt Ihr hier?“ „Wir wollen Brot haben!“ Sie haben es bereits bekommen. — Eigenmächtig ist nichts genommen worden. Alle werden auf die Wache gebracht — sitzen nun auf der Anklagebank. Darunter haben Jugendliche unter 18 Jahren, die anderen auch noch junge Menschen, nur zwei über 40. — Mütter von vielen Kindern. Mütter und Väter nehmen in der Angst um die jugendlichen Angeklagten. Vier bis sieben Monate Gefängnis lautet der Antrag des Staatsanwalts. Denn „was würde die Bevölkerung von Oberschnemelde sagen, wenn die Angeklagten freigesprochen würden.“

Hier Wochen Gefängnis für Bettler! Bettler! Ist es denn dem Bürger in der Republik verboten, seinen Mitbürger um Hilfe anzugehen, verboten dem Bürger, seinen Mitbürger zu helfen? Die Bäckereifabrik nicht dem Bettler vor zu sie hätte nicht so sehr aus Angst vor der Menne, als aus Mitleid mit den Menschen das Brot verteilt. Das Gericht hat aber: Strafe muß sein. Humore, duhde, fährst aber verhalte dich ruhig! Wie wäre es nun, wenn diese hilflose Bäckereifabrik in großartig gemeint wäre, auch den Rest ihrer Kräfte unter die hungrige Menne, die sich vor ihrem Bäckereifabrik ansammelt, hätte, zu verteilen? Söhne auch die auf der Anklagebank? Oder hätte sich vor die Bäckereifabrik selber für „Landfriedensbruch“ zu verantworten weil sie die Anwesenheit der Masse durch ihre Handlungswiese gefördert hat?

Richtpreise in Berlin im Nahrungsmittel-Großhandel und im Verkehr mit dem Einzelhandel in Originalpackung unverändert bis auf: 70% Weizenmehl 17.09-16.09; Mandeln, zBbe Avota 160.33; Marmelade, Vierfrucht 61.00-64.00; Margarine Spezialmarke II 66.00; 76.25 Goldmark je 50 kg in Originalpackung ab Lager Berlin.

Stadtrat Genoffe Silberstein-Neufölln:

In einem Proletariatsviertel wie Neufölln sei ein Abbau nicht mehr möglich. Einige Zahlen illustrieren den eingeengten Bereich und die Not des Proletariats. Erst auf 10000 Schulkinder treffe eine Fürsorgerin. Was das in einem Arbeiterviertel in der heutigen Zeit besagt, braucht einem Stadtmann nicht erläutert zu werden. Als ein Erfolg der Fürsorge ist es sicherlich zu buchen, wenn die Säuglingssterblichkeit von 18 Proz. auf 7.9 Proz. herabgegangen ist. Wie schlecht es mit dem Ernährungszustand der Kinder bestellt ist, zeigen folgende Zahlen: Von den Kindern im 1. bis 2. Lebensjahre waren 41 Toot untergewichtige, im 2. bis 3. Jahre 60 Proz., im 3. bis 4. Jahre 70 Proz., im 4. bis 5. Jahre 86.5 Proz. Ein ebenso erschütterndes Bild ergeben die Zahlen über die Einschränkungen im Verbrauch von Nahrungsmitteln für die Tuberkulösen. Nicht die Tuberkulose ist zurückgegangen, sondern es fehlt in zunehmendem Maße das Geld, etwas für die Tuberkulösen zu tun.

Die folgenden Redner brockten zu dem Thema des Abends nichts Wesentlich Neues. Nur die Ausführungen des letzten Redners, Herrn Dr. Kesser, verdienen hier noch festgehalten zu werden. Er ist als Hauptproblematiker ein erklärter Gegner der Beratungen für Bekleidungsfragen. Er sagte: „Ich spreche hier für die Kassenärzte. Die beste Beratungsstelle ist das Sprechzimmer des Arztes. Der Arbeiter ist um 4 Uhr fertig und kann dann zum Arzt gehen. Warum brauchen wir Beratungsstellen?“ Schloß er emphatisch, „wo an jeder Ecke ein Arzt auf Patienten wartet.“

Wie sich aus den vorstehenden Ausführungen ergibt, muß einem Abbau des sozialen Fürsorgewesens, wie er auf Grund der Finanznot des Reiches in überhafter Weise von vielen Stellen versucht wird, im Interesse des Proletariats und des proletarisierten Mittelstandes mit aller Schärfe entgegengetreten werden. Wenn auch die Ausführungen des Referenten, der als Theoretiker nicht die Erfahrungen der Praxis haben kann, und deshalb selber keine schlagenden Beweise gegen den Abbau vorbringen konnte, so laten es in ihm so eindringlicher Weise die Männer der Praxis. Die Zahlen, die sie uns lieferten, und die Notstände, die sie uns enthüllten, müßten gerade die Sozialdemokratie veranlassen, ihr Veto einzulegen gegen alle Sparmaßnahmen auf Kosten der Volksgesundheit, denn die breiten Massen sind es dann, die getroffen werden, und diese Massen fallen bemußt getroffen werden. Das wertvollste Gut, die Gesundheit des Volkes, steht auf dem Spiel.

Die „Neinen“.

Weihnachtszeit, so schreibt uns ein Leser, war früher einmal Käuferzeit, in der man, selbst wenn man wenig Geld in seinem Beutel hatte, von Baden zu Baden gehen und dennoch dies und das einkaufen konnte. Das ist heute nicht mehr der Fall, und wenn es wieder so sein wird, weiß kein Mensch. Zwar sind die Preise hier und da etwas heruntergefallen, aber es bleibt doch immer genug übrig, was die Verunsicherung oder die Empörung der Käufer erregt. Und da die Befestigung der Markt erst seit dem 20. November dahiert, so waren die wenigsten Instände, irgendeinen Betrag wertbeizubehalten zu sparen, um zu Weihnachten etwas einkaufen zu können. So werden viele Tische zum Post leer sein. Und dennoch brauchte es nicht so zu sein. Es gibt nämlich viel Familien, in denen noch alle möglichen, gut erhaltenen Dinge sind, die gar nicht gebraucht werden, die nutzlos herumliegen (besonders Spielzeug, Bücher usw.) und die eines Tages für ein paar stunde Spielzeuge zum Trödel kommen. Warum benutzen die Leser des „Vorwärts“ nicht in ganz anderem Umfang als bisher die Einrichtung der kleinen Anzeigen, in denen man seine Sachen ankündigt und eventuell zum Tausch auffordert. Die Leser der bürgerlichen Blätter bedienen sich dieser Einrichtung ihrer Blätter viel mehr. Und gerade in den Kreisen eines weniger bemittelten Publikums sollte es allgemein gebräuchlich werden, alle Dinge, die noch gut erhalten sind und die man doch nicht mehr brauchen kann, mittels der kleinen Anzeigen anzubieten. Also, ihr Leser des „Vorwärts“, auf und macht euch auch in dieser Hinsicht die Einrichtung eures Blattes zunutze, denn ihr helft euch dadurch selber und anderen mit.

Zu den großen Diebereien auf dem Reichsbahnhof zu Lichterberg-Friedrichshagen erlaben wir noch, daß die Kriminalpolizei und die Leberwahrungsstelle mehrere drei Ostarbeiter festgenommen hat. Es sitzen jetzt also 32 Mann hinter Schloß und Riegel. Nach der Festnahme der ersten Kolonne hatte die zweite es verstanden, gegen die zunächst noch kein Verdacht bestand, einen großen Teil der erbeuteten Güter auf die Seite zu bringen. Durch lange Nachforschungen ist es gelungen, einen Teil davon wiederzufinden und zu beschlagnahmen.

Aufgelöst wurde am Dienstaabend eine Versammlung der Betriebsräte der R.G. in dem Lokal von Jakob in der Voltstraße 30, weil sie nicht angemeldet war. Die Polizei stellte 21 Teilnehmer fest und führte den Einberufer und Leiter der Versammlung Emil Schwenk der Abt. IA vor.

Verbrechen, Unglücksfall oder Selbstmord? Gegen 8 Uhr vormittags fand man in der Nähe des Waldhofes Abende auf der Eisenbahntrasse Berlin-Leipzig die Leiche eines Mannes, der keinerlei Papiere bei sich hatte. Ob ein Verbrechen, Unglücksfall oder ein Selbstmord vorliegt, bedarf noch der Aufklärung.

Warnung vor falschen 200-Billionen-Noten. Vor gefälschten Notizen der Reichsbank muß gewarnt werden. Sie sind mehrfach im Verkehr aufgetaucht und lauten über hohe Summen. Die Reichsbankverwaltung weist darauf hin, daß ihre Scheine in keinem Fall über mehr als 20 Billionen lauten. Alles was darüber hinausgeht, ist gefälscht. So sind aus 200 Billionen 200 Billionen gemacht worden.

Weihnachtsverkauf in der „Weltkugel“. An der Verkaufsstelle der gemeinnützigen Gesellschaft „Weltkugel“, W 25, Raabeburger Str. 7, findet ein Weihnachtsverkauf von Spielzeug und Geschenken für große Leute statt. Die Preise für das Spielzeug sind äußerst mäßig und bieten deshalb auch den Kinderheimkindern willkommenes Gelegenheit zum Einkauf. Bei dieser Gelegenheit ist auch darauf hinzuweisen, daß die „Weltkugel“ alle Waren, insbesondere Schuhe, Kleider, Stoffe gegen Teilzahlung absetzt und dadurch manchem ermöglicht, an Stelle der „billigen“ Warenware wirklich gute Ware zu kaufen. An der Zeit des Lohn- und Gehaltsbandes ist die Penne der Qualitätsware auch ernstlich verknüpft mit der Möglichkeit eines nicht auf Kreditkauf eingetragenen Abzahlungsverfahrens. Die Verkaufsstelle ist werktags von 9^{1/2} bis 7 Uhr geöffnet.

Beleuchtungsanstalt Groß-Berlin. Lichter, den 25. Dezember (1. Weihnachtstag). pünktlich 7^{1/2} Uhr nachmittags, im Staatstheater Charlottenburg (Schillertheater) „Lumpenjackenabenteuer“. Aufschlag pro Karte 60 Goldpfennige. Ferner pünktlich 9^{1/2} Uhr nachmittags im Neuen Theater am Zoo „Der Fährmann“. Aufschlag pro Karte 60 Goldpfennige. Mittwoch, den 26. Dezember (2. Weihnachtstag). pünktlich 8^{1/2} Uhr nachmittags, im Staatstheater Charlottenburg (Schillertheater) „Lumpenjackenabenteuer“. Aufschlag pro Karte 60 Goldpfennige. Donnerstag, den 27. Dezember (3. Weihnachtstag). pünktlich 8^{1/2} Uhr nachmittags, im Staatstheater Charlottenburg (Schillertheater) „Lumpenjackenabenteuer“. Aufschlag pro Karte 60 Goldpfennige. Freitag, den 28. Dezember (4. Weihnachtstag). pünktlich 8^{1/2} Uhr nachmittags, im Staatstheater Charlottenburg (Schillertheater) „Lumpenjackenabenteuer“. Aufschlag pro Karte 60 Goldpfennige. Samstag, den 29. Dezember (5. Weihnachtstag). pünktlich 8^{1/2} Uhr nachmittags, im Staatstheater Charlottenburg (Schillertheater) „Lumpenjackenabenteuer“. Aufschlag pro Karte 60 Goldpfennige. Sonntag, den 30. Dezember (6. Weihnachtstag). pünktlich 8^{1/2} Uhr nachmittags, im Staatstheater Charlottenburg (Schillertheater) „Lumpenjackenabenteuer“. Aufschlag pro Karte 60 Goldpfennige. Montag, den 31. Dezember (7. Weihnachtstag). pünktlich 8^{1/2} Uhr nachmittags, im Staatstheater Charlottenburg (Schillertheater) „Lumpenjackenabenteuer“. Aufschlag pro Karte 60 Goldpfennige.

Wirtschaft

Der Reichsindex für die Lebenshaltung.

(1913/14 = 1)

Durchschnitt Mai	3816
„ Juni	7850
„ Juli	37851
„ August	588045
„ September	15 000 000
„ Oktober	3 260 000 000
„ November	657 000 000 000
1. Oktober	40 400 000
8. „	109 100 000
15. „	691 900 000
22. „	3 045 000 000
29. „	13 671 000 000
5. November	98 500 000 000
12. „	218 600 000 000
19. „	831 000 000 000
26. „	1 535 000 000 000
3. Dezember	1 815 000 000 000
10. „	1 264 000 000 000
17. „	1 163 000 000 000

Abnahme gegen die Vorwoche 8,4 Proz.

Die Senkung der Lebenshaltungskosten, die in der vorigen Woche um 16,2 Proz. zurückgegangen waren, hat sich in der letzten Woche verlangsamt und betrug nur noch 8,4 u. d. Der Index liegt dabei immer noch um 16,3 Proz. über dem Vorkriegsstand. Wenn jetzt versucht wird, die augenblicklichen Lebenshaltungskosten langfristigen Tarifverträgen zugrunde zulegen, so muß davon gewarnt werden, auf solche Vorschläge einzugehen. Die Senkung der Lebenshaltungskosten ist nämlich in der Hauptsache eine Folge davon, daß die Lebensmittelpreise abgebaut worden sind, während die übrigen Warenkategorien sich etwa im Preise hielten. Jetzt aber wird bereits im Großhandel der Industriestoffe eine erneute Teuerung gemeldet und es muß abgewartet werden, ob und inwieweit sich diese auch auf Fabrikate und damit auf die Lebenshaltungskosten überträgt. Es kommt hinzu, daß das Preisbild des Index nur entstehen konnte, weil in diesem Monate noch die Mieten zwangsläufig niedrig gehalten wurden. Die große Mehrzahl der Warenpreise, die ganz erheblich über dem Vorkriegsstand liegen, erscheinen im Index niedriger als sie tatsächlich sind, weil wir noch keine Goldmieten haben. Diese werden aber in der nächsten Zeit in Geltung treten, und dann wird der Lebenshaltungsindex sehr beträchtlich steigen. Diese Momente müssen im Auge behalten werden, wenn man dem Index Tarifverhandlungen zugrunde legt. Man muß dahin wirken, daß auch in Goldtarifverträgen eine Indexklausel ausgenommen wird, die ein weiteres Absinken des Reallohnes nach Möglichkeit verhindert.

Geringe Preissteigerung im Großhandel.

Die auf den Sonntag des 18. Dezember berechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamts (Stand 1913 = 100) ist gegenüber dem Stande vom 11. Dezember (127,4) um 2,8 Proz. auf 124,5 zurückgegangen. Diese Bewegung wird vornehmlich durch die anhaltende Senkung der Lebensmittelpreise, insbesondere der Getreide-, Kartoffel-, Fleisch- und Fettpreise, bewirkt, der bei den Industriestoffen leichte Preissteigerungen namentlich der Textilien und Metalle gegenüberstehen. Im Durchschnitt der Hauptgruppen sank die Indexziffer der Lebensmittel im Großhandel um 4,7 Proz. auf 107,2, davon bei Getreide und Kartoffeln um 2,5 Proz. auf 85,1, wegen der Gruppe der Industriestoffe auf 156,7 auf 80,9. Die Gruppe Kohle und Eisen blieb mit 160,4 unverändert.

wobei die am 19. Dezember eingetragene Herabsetzung der Ruhrkohlenpreise nicht berücksichtigt ist. Die Gruppenindexziffer der Industriewaren sank um 3,5 Proz. auf 117,5, diejenige der Einfuhrwaren stieg um 2,3 Proz. auf 159,4.

Aufsichtsratsführung der Rentenbank.

Am 18. Dezember fand in den Räumen des Reichswirtschaftsrats die erste Aufsichtsratsführung der Deutschen Rentenbank statt. Nach eingehendem Bericht des Vorstandes über die gegenwärtige Geschäftslage und die bisherigen Maßnahmen der Verwaltung der deutschen Rentenbank wurde in der sich anschließenden Aussprache übereinstimmend die Auffassung vertreten, daß die Rentenbank als das gegenwärtig fest fundierte deutsche Zahlungsmittel unbedingt vor allen schädlichen Einflüssen bewahrt werden müsse.

Im Zusammenhang hiermit wurde ein auf der Tagesordnung stehender Antrag des Reichsfinanzministers erörtert, der Aufsichtsrat

wolle gemäß §§ 5 und 14 der Satzungen den Verwaltungsrat ermächtigen, unter bestimmten Voraussetzungen der Reichsregierung einen Zusatzkredit über die in der Rentenbankverordnung vorgesehenen 1200 Millionen hinaus gewähren. Der Reichsfinanzminister Dr. Lütjehar vertrat persönlich den Antrag, indem er vertrauliche Ausführungen über die in den nächsten Wochen und Monaten zu erwartenden Reicheinnahmen sowie über die planmäßig zu erzielenden Ersparnisse in den Reicheinnahmen machte und insbesondere betonte, daß es sich hier nur um einen vorübergehenden Kredit handle, der keine inflationistische Wirkung habe. Der Aufsichtsrat folgte jedoch der Anregung des Verwaltungsrats und lehnte nach Anhörung verschiedener Redner, die der Besorgnis Ausdruck gaben, daß ein weiterer Reichekredit das Vertrauen in die Rentenbank untergraben könnte, den Antrag des Reichsfinanzministers als zurzeit nicht begründet ab.

Mit Bedauern wurde davon Kenntnis genommen, daß die Banken teilweise bei der Weitergabe der für die Wirtschaft be-

Schwere Herren - Ulster
Gpdm. 13,50

HERMANN ENGEL

Landsberger Straße 85, 86, 87.

Handarbeiten
vorgezeichnete, angefangene u. fertige, sowie kunstgewerbliche Erzeugnisse.

Donnerstag, Freitag u. Sonnabend von 9-7 Uhr, Sonntag von 1-5 Uhr geöffnet.

Bergeessen Sie nicht!

daß nur noch wenige Tage Sie vom Weihnachtsfest trennen, deshalb beeilen Sie sich und kommen Sie zu uns, auch wenn das Wetter nicht sehr einladend ist und machen Sie von unseren außergewöhnlich billigen Weihnachtsangeboten Gebrauch.

!! Extra billige Weihnachtspreise !!

Wintermäntel und Kleidermäntel in vielen Farben und Formen, jeden Stück 12,75, 15,00, 16,50, 18,00, 19,50	Braunrotene dunkelbraune und schwarze Gestrick-Holländer Elegante Ausfleider in feinsten Perlen und mod. Farben Realistische Kleiderstoffe Kleiderstoffe in guter Qualität und reichhaltiger Verzierung	Stehmützchen, Tüll-Blasier, v. Wolle m. feiner Arbeit, beide Geflechtarbeit Wollstrickkleider, kunstgewerblich Raubereidolman, komplett, 3- und 4teilig Straberobergarnitur, Schal und Mütze
--	--	---

Herrliche Peizmäntel, Pelzhawls, Peizkragen in allen Farben, ganz a. G. gewöhnlich billig.

Stunfs-Kanin-Jacke, 90 cm lang, 139⁵⁰, **Stunfs-Kanin-Mantel**, 130 cm lang, 169⁵⁰

Graue und weiße Stunfs-Jacken, auf Crepe maroquaine gefüttert 179⁵⁰

Sportjacken für Herren und Damen reine Wolle in großem Farbensortiment Goldm. 21 ⁵⁰	Sportbluse aus la Flanel Goldm. 5 ²³ 3 ⁷⁵	Handgestr. wollene Jacke u. Jumper Goldm. 17 ⁵⁰
--	--	---

Ein großer Posten Spielwaren

Taschentücher, weiß mit Böhlsaum u. Langgatte u. gestrichler Saum Weiße Damastservietten Weiße Damasttischtücher	Damenstrümpfen m. reicher Blumenstickerei u. Langgatte Damenstrümpfen m. Strickerei Büstenhalter aus festem Stoff Weiße wollene Kindergamaschen Weiße Wiener Schürze m. Spitzen u. Träger Wiener Schürze, Juniperora Wollene Schürze Wollene schote Herrenhosen	Schwarze u. braune Nonnaline-Strümpfe Schwarze prima Makostrümpfe Seidenflorstrümpfe, schwarz, grau u. beige, ohne Naht Reinwollschwarze Damenstrümpfe farne Herrensocken o. Naht Bianwollene gewebte, in grau u. mode, Herrensocken Schwarze hantwollene Herrensocken m. langer Kunstlederabschluß
--	--	---

Großer Verkauf von Teppichen, Gardinen, Säulerkissen, Kissen, Bekedden, Divanbedden.

Rauchtabak!

Ständig großes Lager der bestrenommierten Fabriken!!

u. z.: Tafma, Landfried, Fahag, Vogelsang, Liebhold, Hanseatische usw. zu Original-Fabrikpreisen

Zigarren

10 und 25 Stück Weihnachtspak. Große Auswahl.

Dyonisius Michalski Magazinsir. 15/16

A.WERTHEIM

Sonntag, 23. Dezember sind unsere Geschäftshäuser von 1 bis 5 Uhr geöffnet

Baumwollene Velours für Blusen ... 1 ²⁵	Blusenstoffe gestreift und kariert ... 1 ⁶⁵	Reinwollene Gabardine 130cm, schwarz und farbig ... 7 ⁹⁵	Reinwollener Cheviot elfenbeinfarbig ... 3 ²⁰	Gestreifte Seide für Blusen und Hemden ... 2 ⁹⁵	Rippen-Velvet für Damenkleider ... 4 ⁹⁵
Schleifenbinder in vielen Farbenstellungen 60 Pk.	Selbstbinder breite offene Form, in modernen Farben ... 2 ⁵⁰	Hosenträger kräftiges Gummrband m. Handspalten 140	Taghemd kräftiges Hemdenluch ... 4 ²⁵	Nachthemd mit banter Borte und Tasche, ca. 120 cm lang ... 6 ⁷⁵	Stehkragen Marineform, verschiedene Höhen 65 Pk.
Damenstrümpfe Baumwolle, lang-krafftige Qualität, schwarz oder farbig ... 1 ⁹⁵	Damenstrümpfe Wolle, plattiert fein, mit Doppelsohle, schwarz oder farbig ... 2 ⁹⁰	Damenstrümpfe fein Musseline, schwarz ... 2 ⁰⁰	Herrensocken Baumwolle, gute Qualität, mit verstärkten Hacken und Spitzen, schwarz oder farbig ... 1 ⁴⁰	Herrensocken Wolle, plattiert schwarz ... 2 ¹⁰	Damenhandschuhe Wolle, gestrickt, farbig 1 ²⁵
Damenhandschuhe Trikot, mit Riegelverschluss, farbig ... 1 ³⁵	Wildlederhandschuhe für Damen farbig, 2 Druckknöpfe ... 7 ⁹⁰ u. 6 ⁴⁰	Wildlederhandschuhe für Herren gesteppt, farbig ... 8 ⁵⁰ u. 6 ⁹⁰	Herrenhandschuhe Wolle, gestrickt, farbig 1 ⁹⁰	Gesellschaftsschuhe für Damen, Lack, elegante, Größe 36-38 1 ³⁵	Damen-Schnürschuhe schwarz, spitze Form, Rahmenarb. 1 ²⁵
Damen-Schnürschuhe Roß-Chevr., mit Lackkappen ... 8 ⁰⁰	Herren-Schnürstiefel schwarze, spitze Form, Rahmenarb. 1 ⁶⁵	Rindbox-Herren-Schnürstiefel schwarze, gute Ausführung ... 1 ¹⁵	Kamelhaar-Laschen-Hausschuhe mitlert, mit Filz- und Ledersohle ... 2 ⁹⁵	Leder-Gürtel für Damen, in verschiedenen Farben und Längen ... 5 ⁰ Pk.	Papiergeldtasche Krokodil präzies Leder, mit Fächerinteilung ... 2 ¹⁰

Damen-Mantel

Flauschstoff, weite Form, weiche Ware, blau, braun, weinrot ... 19⁰⁰

Bücher-Abteilung! Am Freitag, dem 21. Dezember erscheint

Nesthäkchen's Jüngste 3⁰⁰

von Else Ury (Bd. 8 der Serie) gebunden ...

Menschenökonomie.

Auch ein deutsch-französisches Problem.

Von Dr. med. Julius Moses.

Frankreich stirbt langsam. Jedes Jahr ist die Zahl der Todesfälle höher als die der Geburten, und seit dem Kriege ist die ohnehin ernste Lage des Volkes geradezu kritisch geworden.

So zu lesen in der Einleitung einer wissenschaftlichen Arbeit, die vor kurzem neben anderen, die sich mit dem Bevölkerungsproblem in Frankreich beschäftigten, in der "Revue contemporaine" erschienen war.

Im "L'Eclair" vergleicht Ambroise Got die Entwicklung der Geburtenziffer in Deutschland und Frankreich miteinander und weist darauf hin, daß in Deutschland die Bevölkerung von 1870 bis 1914 von 40 auf 69 Millionen gestiegen sei, sich also um 66 Proz. vermehrt, während in Frankreich die Volkszahl im gleichen Zeitraum nur eine Steigerung von 11 Proz. aufzuweisen gehabt habe, nämlich von 36 auf 39,7 Millionen. Und Got erklärt am Schluß seines Artikels: "Der Abstand zwischen Deutschland und Frankreich bleibt furchtbar, und wenn wir nicht Waffens finden, um die Geißel der Entvölkerung zu bekämpfen, wird es uns unmöglich sein, in der Zukunft einen Graben auszufüllen, der sich täglich verbreitert."

In einer anderen wissenschaftlichen Arbeit wird geradezu von dem Ernst einer Krise gesprochen, die in der zivilisierten Welt einzig dastehend die französische Nation an den Grundlagen ihrer Existenz berührt, und das um so mehr, als man heute schon mit mathematischer Sicherheit ausrechnen könne, daß in einem Vierteljahrhundert Frankreich nur noch ein Volk von 25 Millionen Franzosen sein werde.

Und im "Matin" erklärte ein Politiker, daß der Menschenmangel auch Frankreichs auswärtige Politik in höchstem Maße beeinflusse.

Diese bevölkerungspolitischen Verhältnisse in Frankreich muß man kennen, um wenigstens einigermaßen sich in die Phlyse französischer Politiker und Staatsmänner hineinversetzen zu können.

Die Politik Frankreichs uns gegenüber bei dem Friedensschluß bis zu ihrer Ausmündung in die Befehung von Rhein und Ruhr, in der offenen und verdeckten Begünstigung der Separationsbestrebungen, in dem unerkennbaren Zuge der französischen Politik, Deutschland zurückzuschrauben etwa auf den Stand des Jahres 1770, erklärt sich im letzten Grunde als ein Stück Bevölkerungspolitik, als eine Emanation des Bevölkerungsproblems. Frankreich hat Furcht vor Deutschland: so hieß es vor dem Kriege. Und es lag darin eine gewisse Wahrheit, und wenn wir gerecht sein wollen, so müssen wir sagen: Frankreich hatte Grund, auf die Entwicklung der Dinge in Deutschland. Soweit sie das Bevölkerungsproblem betrafen, mit besorgten Augen hinzuschauen. Wie soll ein Volk sich behaupten können, wie sich auf der Höhe politischen und wirtschaftlichen Gedeihens erhalten, wenn gewisse Erscheinungen im Volksleben in fortschreitender und bedrohlicher Entwicklung den Bestand des Ganzen zu gefährden scheinen? Und dazu der Hinblick auf den Nachbar, mit dem stetigen Gefühle des Hasses noch von 1870 her, mit dem stetigen Gedanken an einen kommenden Krieg; wo soll da ein Ausweg sein, wenn man die Verhältnisse auf dem Gebiete der Volksvermehrung hüben wie drüben miteinander vergleicht! Dort Aufstieg, hier im günstigsten Falle Stagnation, im schlimmsten Falle verminderte Widerstandskraft bis zum Erlischen, Abstieg und schließliches Sinken in den Abgrund. Schon seit Menschenalter konnte man sich in Frankreich den schlimmsten Befürchtungen hinsichtlich des rein zahlenmäßigen Fortschritts der Bevölkerung nicht verschließen. Wenn von Jahr zu Jahr die Geburtenziffer sinkt, von Jahr zu Jahr man sich genötigt sieht, wegen der mangelnden Volksvermehrung, in bezug auf die Einstellung ins Heer die Anforderungen an Körpergröße und Gesundheit zurückzuschrauben, während bei dem verhassten und gefürchteten deutschen Nachbar es ganz anders und besser aussah gerade auf diesem Gebiet: darf es da wundernehmen, wenn die französische Regierung und alle leitenden Kreise in Frankreich unausgesetzt in der Befürchtung lebten, es könne in absehbarer Zeit in Frankreich einmal der Zustand eintreten, daß der Born der Volksvermehrung gänzlich ausgeschöpft und damit Frankreichs militärische und wirtschaftliche Kraft gezwungen sein werde, abzutanken zugunsten des volkreichen und darum militärisch wie wirtschaftlich um so vieles höher stehenden deutschen Nachbarn?

Aus dieser Sorge heraus, und nur aus ihr heraus, er-

klärt sich die ganze französische Politik Deutschland gegenüber, die Befehung von Ruhr und Rhein nicht ausgeschlossen. Daß Frankreich noch immer von jenem drückenden Problem sich gepetigt fühlt, das beleuchtet höchst deutlich das berühmte Wort von den 20 Millionen Deutschen, die zuviel sind: Frankreich fürchtet sich vor Deutschland, und heute mehr denn je, trotzdem wir einen Krieg verloren, Millionen Menschen, und gerade die wertvollsten, jugendlichsten, kräftigsten Elemente eingebüßt haben, wie ja überhaupt der Krieg in allen Ländern geradezu die Blüte der körperlichen Tüchtigkeit hinweggerafft hat. Was uns der Krieg an Menschenmaterial zurückgelassen, ist krank, entnervt, gebrochen an Leib und Seele, hinsiechend unter dem Druck des Hungers, unter dem Druck der gesamten Zeitverhältnisse. Was insbesondere von unserer Jugend uns noch geblieben bzw. was in den letzten Jahren hinzugekommen ist und noch hinzukommen wird, bleibt zurück hinter dem bescheidensten Maß der Anforderungen an Körperkraft und seelischer Widerstandskraft.

Trotzdem fürchtet sich Frankreich vor Deutschland und sucht jetzt seine ganze Politik darauf einzustellen, dem weiteren Sinken der Geburtenziffer einerseits Einhalt zu gebieten, andererseits geradezu einen Feldzug zu eröffnen gegen die Kindersterblichkeit, gegen einen vorzeitigen Verbrauch seines Menschenmaterials, kurz, seine ganze Innenpolitik nach menschenökonomischen Gesichtspunkten zu gliedern. Nicht nur in rein wissenschaftlichen, besonders medizinischen Zeitschriften, sondern auch in der französischen Tagespresse werden fortgesetzt die Politiker und Staatsmänner darauf hingewiesen, daß der Reichtum einer Nation in ihren produktiven Kräften bestehe und die wichtigste darunter der Mensch sei. In Frankreich treibt man jetzt, gezwungen durch die Not der Zeit und der speziellen französischen Verhältnisse, richtig verstandene Bevölkerungspolitik und Menschenökonomie, in der durchaus richtigen Erkenntnis, daß alles das, was heute in unserem politischen und wirtschaftlichen Leben in die Erscheinung tritt, was zumal in unserer Gegenwart uns drückt und quält, in dem Bevölkerungsproblem seine eigentliche und letzte Wurzel hat.

Und in Deutschland? Wir bauen ab anstatt auf, und treiben so das Gegenteil einer vernünftigen Bevölkerungspolitik und Menschenökonomie, nur um zu sparen. Gewiß: vor dem Kriege haben sich unsere leitenden Staatsmänner nicht allzu sehr den Kopf zerbrochen über diese schwierigen und verwinkelten Dinge. Die Geschäfte gingen gut, der Reichtum wuchs, die Entwicklung der Population ging auf achtbarer Höhe vor sich. Und wenn auch in bezug auf Volksvermehrung die sogenannten gebildeten und besitzenden Klassen für ihren Teil sich bescheiden zurückhielten, so unterließ man es doch nicht, unausgesetzt dem "Volke" die Pflicht der Kindererzeugung als höchste Sittlichkeit zu predigen, und bis zum Kriege erfüllte auch der Proletarier diese seine Pflicht bis zur Erschöpfung. So brauchte man nicht zu befürchten, daß es in absehbarer Zeit den Kalernen und Fabriken an Rekrutenmaterial fehlen werde. Und darauf war man stolz, und mit dem Gefühl einer gewissen höhnischen Ueberlegenheit blickte man auf den französischen Nachbar, den gerade die entgegengesetzten Sorgen quälten.

Der Krieg hat uns ein schlimmes Erbtteil hinterlassen: Millionen Tote auf dem "Felde der Ehre", Millionen Tote in der Heimat, Millionen Krüppel, Sieche, Kranke, Invaliden, Blinde, eine ganze Welt in das Elend und tiefste Armut gestürzt, Millionen Bettler und Arbeitslose, hungernd und frierend zugleich; und wie bauen wir wieder auf? Wir bauen ab, anstatt all unsere Energie auf den einen Punkt zu konzentrieren: das was uns noch geblieben von dem größten Kapital, das der Staat besitzt, nämlich: dem Menschen, zu halten, zu erhalten, zu kräftigen, zu stärken. Das ist für uns das Gebot der Stunde. Von diesen menschenökonomischen Gesichtspunkten aus führen wir den Kampf um den Achtstundentag, den Kampf gegen den Abbau unserer Sozialpolitik, unserer Arbeiterversicherung, den Kampf um die Ernährungs- politik usw.

In seiner Arbeit: "Die Bevölkerungsbewegung im Weltkrieg" sagt Döring: "Der Wiederaufbau der Menschenkraft muß sowohl wirtschaftlich wie sozial in Angriff genommen werden und die ganzen Völker in allen Schichten erfassen. Wirtschaftlich möglichst Besserung der Ernährungsverhältnisse und Einführung günstigerer Arbeitsbedingungen, sozial durch umfangreichen Aufbau der gesamten sozialen Einrichtungen."

Wir müssen die Konsequenzen aus dem Kriege ziehen: die Lehre über die Dekonomie des Menschenlebens als Basis der Gesundheit und Quelle der alles schaffenden Arbeit wirtschaftlich und wissenschaftlich auszubauen und nach diesen Lehren Gegenwarts- und damit Zukunftspolitik treiben.

Aus der Partei.

Der Außerordentliche Parteitag der deutschen Sozialdemokratie in der tschechoslowakischen Republik, über dessen Beginn und über dessen Begrüßung durch den sehr herzlich empfangenen Genossen Hermann Wollenbush wir schon berichtet haben, wurde vom Genossen Dr. Czech mit Worten brüderlicher Solidarität für die reichsdeutsche Sozialdemokratie eröffnet; er hörte durch die Genossen Aker und Bartoschek auch die Wünsche der tschechischen Sozialdemokratie nach möglichst baldiger Annäherung und gemeinsamer Arbeit beider Parteien. Dem Kassenerichter des Senats Genossen Dr. Karl Heller war zu entnehmen, daß die Partei bis jetzt 80 000 tschechische Kronen für Deutschland ausgebracht hat. Die Hälfte der Parteieinnahmen ging in dem Bildungswesen auf. Die Abplitterung durch Moskau beträgt nur ein Sechstel (kaum 20 000 von 120 000). Das große Rezerat des Parteivorstandes Abg. Gen. Dr. Ludwig Czech über die politischen Aufgaben der Partei gipfelte in der Forderung nach der Selbstverwirklichung für die Völker im Tschechienstaat, und aus der Verfassung der Gleichberechtigung im Staat ergibt sich, daß die Partei einstweilen in Opposition bleiben muß. Inzwischen waren auch die Genossen Dalkin von der russischen Sozialdemokratie und Friedrich Adler von London von der internationalen eingetroffen und begrüßten den Kongress. Der Rest der Verhandlungen war innerstaatlichen Fragen gewidmet.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Bezirksvorstand.

Sitzung am Sonnabend, den 22. Dezember, abends 6 Uhr, im Konferenzzimmer der "Vorwärts"-Redaktion, Lindenstr. 3. Die Kreisvorsitzenden treffen sich am derselben Stelle zu einer Vorbereitungssitzung am 5 Uhr.

- 1. Kreis Friedrichshagen. Freitag, den 21. Dezember, 7 Uhr, Sitzung der Abteilungsleiter, Dolmetscher der kommunalen Kommission, der Arbeiterwohlfahrts- und Rinderdankkommission bei Hofm. Subaner Str. 19. Wichtigste Tagesordnung: Erziehung der Pflicht. Die Karten zur Theaterbesuchung müssen bis Sonntag, den 23. Dezember, beim Kassierer abgegeben werden.
14. Kreis Kreuzberg. Freitag, den 21. Dezember, 7 Uhr, im Parteibüreau engere Kreisvorstandssitzung.
17. Kreis Köpenick. Eine Ausstellung von Bildern, Spielwaren und Wandkalender veranstaltet der Bildungsausschuß des Kreises am Donnerstag, Freitag und Sonnabend von 3-5 Uhr in der Bibliothek, Weichselstraße 26.

Heute, Donnerstag, den 20. Dezember.

Jugendgruppen Gruppe Friedrichshagen. 1/2 8 Uhr in der sozialen Arbeitsgemeinschaft, Am Ostbahnhof 17. Kurze Besprechung über die Weihnachtsfeier. - Gruppe Kreuzberg. 7 1/2 Uhr Jugendheim, Eisenstr. 3. Tagoreabend. (Blätter abholen.)

Frauenveranstaltung am Donnerstag, den 20. Dezember.

161. Abt. Kreuzberg. In der Weihnachtsfeier der Arbeitsgemeinschaft der Rinderkreunde am Donnerstag, abends 8 Uhr, im Arealhaus der 6. Gemeindefabrik, Wilhelmschulstraße, sind alle Genossinnen und Genossen eingeladen.

Morgen, Freitag, den 21. Dezember.

72. Abt. Wannsee. 8 Uhr Mittelliteraturversammlung im "Reichshof", Königstraße 24. Thema: "Die Politik der Reichsregierung".
123. bis 130. Abt. Prenzlau. 1/2 8 Uhr im Jugendheim, Breite Str. 22. Sitzung des Vorstandes sowie familiärer Arbeits- und Gruppenführer-Sammelsitzung über die Weihnachtsfeierung sind unbedingt abzuwarten.

Jugendgruppen Schönberg. Freitag, den 21. Dezember, abends 8 Uhr, Rinderdank, Freitag, 19. Weihnachtsfeier. - Sonnabend, den 22. Dezember, Treffpunkt der Gruppen Schönberg und Friedebau um 6 Uhr Steintier Vorortbahnhof (Vorhalle) zur Fahrt nach Bries.
17. Abt. Die Bezirksführer werden gebeten, die verbleibenden Markenbestände beim Kassierer bis Sonntag, den 23. Dezember, abzurechnen.
12. Abt. Die Bezirksführer werden gebeten, bestimmt bis zum 21. Dezember abzurechnen.
22. Abt. Steglitz. Die Weihnachtsfeierung unserer Abteilung findet nicht beim Genossen Hamburg, sondern am 1. Weihnachtstages, nämlich am 2. Uhr, bei Scheibele, Moritzstr. 15a, statt. Die noch ausstehenden Sammelkarten sind sofort beim Genossen Hamburg abzurechnen. Soweit noch in den Bezirken kinderreiche bedürftige Genossen vorhanden sind, werden die Bezirksführer ersucht, dieselben beim Genossen Hamburg anzugeben.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

1. Abt. Unser Genosse Fischer Eugen Volkshelber, Niesendorferstr. 44, ist am 16. Dezember verstorben. Einäscherung heute, Donnerstag, 6 Uhr im Krematorium Baumshuldenweg.

Jugendveranstaltungen.

Heute, Donnerstag, den 20. Dezember, 7 1/2 Uhr.

Schulbrüder: Götterburger Str. 2. Vortrag: "Bild des Sozialismus". - Reichsan II Jugendheim, Wilmersdorfer Str. 11. Diskussion: "GKJ und Partei".

Abt. Prenzlauer Vorstadt, Genselken-Bierfeld und Korbding. Weihnachtsfeier im Jugendheim (Badenstraße), Oberberger Straße 57. Gesang, Regitationen, Wall. Humoristische Fehlsprechung. Eintritt nur für Mitglieder der drei Abteilungen.

Briefkasten der Redaktion.

H. S. Da müssen Sie schon bei Herrn v. Seelitz selbst anfragen; wir kennen seine Wohnverhältnisse nicht.

Preis-Abbau! Alte Friedens-Preise trotz Welt-Teuerung! Eislauf-Stiefel · Wintersport-Stiefel · Ski-Stiefel · Ball-Überstiefel · Damen-Tanzschuhe · Gummischuhe · Gamaschen · Entzückende Damen-Hausschuhe · Elegante Herren-Hausschuhe · Damen-Strümpfe · Herren-Socken

Table with 4 columns: Kinder-Hausschuhe, Damen-Hausschuhe, Damen-Halbschuhe, Herren-Hausschuhe. Each column lists shoe types and prices.

Stiller

